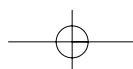
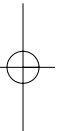
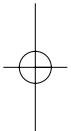
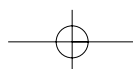
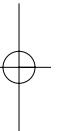
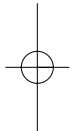
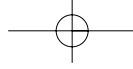
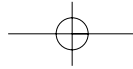


Kommunalwahlprogramm 2004

<i>Grünes Licht</i> für Freiburg	S. 3
1. <i>Grüne Stadt</i> – Engagierte BürgerInnen	S. 4
2. <i>Bildungsstadt</i> – Lernen fürs Leben	S. 10
3. <i>Sonnenstadt</i> – Alternative Energien	S. 16
4. <i>Mobile Stadt</i> – Innovativer Verkehrsmix	S. 18
5. <i>Stadt der Zukunft</i> – Nachhaltiges Wirtschaften	S. 20
6. <i>Solide Stadt</i> – Verantwortungsvolles Haushalten	S. 24
7. <i>Lebendige Stadt</i> – Kinder, Jugend, Familie	S. 27
8. <i>Altersgerechte Stadt</i> – Aktive SeniorInnen	S. 30
9. <i>Faire Stadt</i> – Frauen und Männer	S. 32
10. <i>Lebenswerte Stadt</i> – Angemessener Wohnraum	S. 34
11. <i>Bewegte Stadt</i> – Sport für Alle	S. 36
12. <i>Offene Stadt</i> – Akzeptanz und Integration	S. 37
13. <i>Kulturstadt</i> – Qualität und Vielfalt	S. 41
14. <i>Europäische Stadt</i> – Leben im Dreyeckland	S. 44







Grünes Licht für Freiburg

„Freiburg soll anders bleiben“ und „Global denken, lokal handeln“ – so lauten zwei bewährte Leitsätze grüner Kommunalpolitik. Sie haben für uns nichts an Bedeutung eingebüßt. Anders bleiben – das heißt, bewährte Traditionen mit zukunftsfähigen Projekten zu verbinden. Das heißt, die Unverwechselbarkeit der Stadt mit ihren Vorzügen, ihrer hohen Lebensqualität und ihrer Eigenart zu bewahren und mit ihren Pfunden zu wuchern.

„Global denken, lokal handeln“ – das heißt, den Alltag und die Zukunft unserer Stadt wegweisend zu gestalten. Das heißt, das Prinzip der Nachhaltigkeit ernst zu nehmen und mit Leben zu füllen, indem wir vernünftige Alternativen zum Bestehenden entwickeln. Dazu gehören Ressourcen schonendes Wirtschaften, die Erzeugung sauberer Energie, flexible, umweltgerechte Mobilitätsformen und der sparsame Verbrauch von Strom, Wärme, Flächen und Natur.

Nachhaltigkeit bedeutet auch, kinder- und familienfreundlich zu entscheiden, zu handeln und sich konsequent für mehr Geschlechtergerechtigkeit einzusetzen. Eine nachhaltige Politik setzt auf Bildung und Ausbildung, auf Qualität, Offenheit, Wertebewusstsein und Vielfalt. Sie ermutigt die Bürgerinnen und Bürger, auf die Entwicklung unserer Stadt demokratisch Einfluss zu nehmen. Und sie gibt jedem Menschen die Chance, selbstbestimmt seinen Platz in Beruf und Gesellschaft zu finden. Eine nachhaltige Politik setzt auf soziale Integration und bekämpft die Armut, nicht die Armen.

Freiburg ist eine Stadt, in der die grüne Handschrift deutlich sichtbar ist. Ob es um den Erhalt des historischen Stadtbildes, Freiburgs Ruf als „Ökostadt“ oder um die hohe Lebensqualität geht, die unsere Stadt ihren Bürgern und Bürgerinnen bietet: Grüne Politik hat einen entscheidenden Anteil daran. Für ein weltoffenes, selbstbewusstes modernes Kultur- und Wissenschaftszentrum im Herzen Europas braucht es weiter grünes Licht.

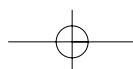
Mit begrenzten Mitteln verantwortungsbewusst und phantasievoll umzugehen, die richtigen Prioritäten zu setzen und auch an übermorgen zu denken, ist beste grüne Tradition. Das gilt auch im kommunalen Bereich. Von Anfang an haben grüne Politiker und Politikerinnen versucht, auch den kommenden Generationen durch umweltschonendes und solides Wirtschaften eine reiche und lebendige Zukunft zu sichern, denn „wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt“. Das gewachsene Vertrauen der Bürger und Bürgerinnen in diese Politik hat mit dazu beigetragen, dass Freiburg heute als erste deutsche Großstadt einen grünen Oberbürgermeister besitzt.

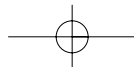
Dieter Salomon hat sich der schweren Aufgabe gestellt, die schwierige Finanzsituation unserer Stadt durch ein ausgewogenes und transparentes Sparkonzept zu bewältigen, denn neue Schulden auf Kosten kommender Generationen sind keine Lösung. Harte Einschnitte mussten – angemessen und so gerecht wie möglich – vorgenommen werden. Dennoch ist es gelungen, weiterhin Gelder in die Zukunft Freiburgs zu investieren. Dieter Salomon weiß, dass er sich bei seinem Konsolidierungskurs auf das Verantwortungsbewusstsein und die Unterstützung der Freiburger Grünen verlassen kann.

Wir wissen, dass politische Fehlentscheidungen und Versäumnisse der Vergangenheit zu den gegenwärtigen Missständen beigetragen haben. Wir glauben aber auch, dass grüne Politik uns die Möglichkeit gibt, diese Situation zu meistern. Demokratie, Selbstbestimmung, Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit sind die Leitlinien unseres Handelns.

Es bleibt dabei: Wie unser Alltag aussieht, unter welchen Bedingungen wir leben und arbeiten, lernen, wohnen, Kinder erziehen und älter werden, wird nicht zuletzt von den Entscheidungen bestimmt, die in der Gemeinde, also vor unserer Haustür, getroffen werden.

Zur Mitarbeit an dieser Aufgabe sind alle aufgerufen. Wie wir Grüne uns diese Arbeit für die nächsten Jahre vorstellen, soll dieses Wahlprogramm zeigen. Mischen Sie sich ein und helfen Sie mit – wir freuen uns darauf.





1. Grüne Stadt – Engagierte BürgerInnen

In welche Richtung soll sich Freiburg in den nächsten Jahren und Jahrzehnten entwickeln? Wird die Stadt weiter wachsen und sich ins Umland ausdehnen? Werden neue Baugebiete die Schwarzwaldhänge im Osten und die Weinberge im Westen hinaufwuchern? Sind die Mooswaldreste und die die Stadt umgebenden Wiesen und Felder vom Flächenhunger der Alt- und NeubürgerInnen sowie der Wirtschaft bedroht? Wird der Autoverkehr das Stadtbild noch stärker dominieren und die Lebensqualität durch Lärm, Abgase und Unfallgefahren immer mehr beeinträchtigen?

Oder wird es uns gelingen, unter dem Leitbild einer nachhaltigen Stadtentwicklungspolitik gemeinsam neue Wege zu finden und die sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Erfordernisse so miteinander zu vereinen, dass auch unsere Kinder und Kindeskiner noch eine intakte und lebenswerte Umwelt vorfinden werden?

Der neue Flächennutzungsplan

Entscheidende Antworten auf diese Fragen wird der neue Flächennutzungsplan 2020 geben. Ausgehend von Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung, zum voraussichtlichen Wohn-, Gewerbe- und Freizeitflächenbedarf sowie zu den künftigen Wohnformen* wird darin festgelegt, wie viele und welche Flächen bis 2020 als mögliche Baugebiete zur Verfügung gestellt werden sollen. Aus diesem Flächenpool werden dann je nach aktuellem Bedarf und politischer Einzelfallentscheidung konkrete Bebauungspläne entwickelt, die Art und Umfang der baulichen Nutzung wie auch der Verkehrserschließung und der Umfeldgestaltung im Detail vorschreiben. Im Gegenzug legt der Flächennutzungsplan aber auch fest, welche Flächen nicht für eine Bebauung in Frage kommen, sondern als ökologische Ausgleichsflächen, zur Freizeit- und Erholungsnutzung, für Land- und Forstwirtschaft oder als siedlungsgliedernde Freiflächen erhalten bleiben sollen.

Neue Wege der Bürgerbeteiligung

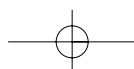
Unter maßgeblicher Beteiligung der Grünen wurden bei diesem, für die Zukunft Freiburgs entscheidenden Vorhaben, neue Wege der Bürgerbeteiligung beschritten. Noch vor Beginn des formalrechtlichen Verfahrens zur Aufstellung des neuen Flächennutzungsplanes wurden in einem freiwilligen Moderationsverfahren mit einer Vielzahl dezentraler Veranstaltungen die Vorstellungen, Wünsche und Befürchtungen der FreiburgerInnen ermittelt. VertreterInnen der Lokalen Agenda 21, Bürgervereine und Einzelpersonen waren wichtige Ideengeber und ebenso kritische wie fachkundige Begleiter. Die gewonnenen Erkenntnisse, viele Einzelergebnisse wie auch die entwickelten allgemeinen Leitziele finden als Bausteine Eingang in die nachfolgenden Verfahrensschritte.

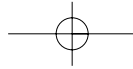
Auf diese Weise bilden die kontinuierlichen Rückmeldungen aus der Bürgerschaft eine wesentliche Entscheidungsgrundlage für Verwaltung und Gemeinderat.

Die Ergebnisse dieses intensiven Diskussionsprozesses decken sich nahezu vollständig mit den seit vielen Jahren von den Grünen entwickelten Vorstellungen zur Freiburger Stadtentwicklung. Leider fanden diese während der langen Amtszeit des letzten Oberbürgermeisters nur wenig Resonanz in Verwaltung und Gemeinderat. Doch nun gibt es neue Chancen: Die eindeutigen Resultate des Dialogverfahrens „Zukunft Freiburg“, ein neuer Oberbürgermeister und ein Gemeinderat, der jetzt endlich von seinen maßlosen Wachstumsplänen** abrückt, haben die Aussichten auf eine nachhaltige Zukunftsperspektive für Freiburg merklich verbessert.

Und was wollen die Grünen?

So wie im letzten Jahrzehnt die wirtschaftliche Entwicklung vom Energieverbrauch entkoppelt werden konnte, wollen wir die künftige Entwicklung unserer Stadt vom Flächenverbrauch weitgehend unabhängig machen. Statt großflächige Schlafsiedlungen auf der grünen Wiese oder zu Lasten unserer Wäl-





der zu errichten, wollen wir uns auf die Innenentwicklung konzentrieren: Indem wir Baulücken und Brachflächen nutzen, durch qualitativvolles Bauen und Umbauen im Bestand, eine sozial wie städtebaulich behutsame und nachbarschaftsverträgliche Nachverdichtung spärlich genutzter Grundstücke und eine kompakte und flächensparende Bauweise sowohl bei Wohn- als auch Gewerbebauten. Noch stärker als bisher müssen wir jedoch darauf achten, dass solche Maßnahmen mit Sensibilität und Augenmaß erfolgen. So ist insbesondere auf stadtbildprägende Ensembles wie auch auf denkmalgeschützte Einzelbauten künftig stärker Rücksicht zu nehmen. Berg- und Mooswald sind für uns als neue Baugebiete genauso tabu wie ökologisch und für die Erholung bedeutsame Grünräume (z.B. die Kartaus- und Wonnhalde wiesen).

Ein wesentliches Anliegen grüner Politik sind der Erhalt, die naturnahe Nutzung und Pflege des Waldes im Rahmen einer nachhaltigen Waldwirtschaft. Die vielfältigen ökologischen Funktionen des Waldes z.B. als Garant der Artenvielfalt, als Luft- und Wasserfilter, CO₂-Speicher, Sauerstoffproduzent, Erosions- und Bodenschutz müssen bewahrt und verbessert werden. Gleichzeitig soll damit eine ökologisch und wirtschaftlich dauerhafte Holzproduktion und -verwendung verbunden werden. Wir wollen die Bedeutung des Waldes als umweltverträglich genutzten Naherholungsraum für Sport und Freizeit mit seinen vielfältigen sozialen Funktionen (Hütten, Grillstellen usw.) stärken und vermehrt ins Bewusstsein der Bevölkerung rücken.

Wir wollen den Flächenverbrauch reduzieren

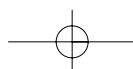
Wir müssen uns auch unbequemen Tatsachen stellen: Ursache für den stetig steigenden Flächenverbrauch ist weniger der Zuzug von NeubürgerInnen als der stetig zunehmende Wohnflächenverbrauch eines jeden bereits in Freiburg lebenden Bürgers. Die Statistik belegt, dass in der Vergangenheit jedes Jahr fast ein halber Quadratmeter mehr Wohnfläche pro Person beansprucht wurde. Die Gründe hierfür sind vielfältig: ein vor allem wohlstandsbedingter Trend zu immer größeren Wohnungen, die hohe Zahl von Einpersonenhaushalten, die zurückgehende Bereitschaft, nicht benötigten Wohnraum als Einzelzimmer oder Einliegerwohnungen (z.B. an Studierende) zu vermieten, die – durchaus nachvollziehbare – tausendfache Belegung selbst großer Familienwohnungen oder gar Einfamilienhäuser durch nur eine (zumeist ältere) Person.

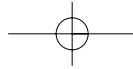
Das alles hat dazu geführt, dass der Wohnflächenverbrauch bundesweit von 14 m² im Jahr 1950, über 34 m² im Jahr 1981, auf heute über 40 m² pro Person angestiegen ist. Setzt sich dieser Trend fort, müsste allein für die heutigen FreiburgerInnen jährlich zwischen 60.000 und 100.000 m² zusätzlicher Wohnraum geschaffen werden. Dies entspräche 1.000 bis 1.500 Wohneinheiten pro Jahr – mit anderen Worten: alle drei bis fünf Jahre ein neues Rieselfeld, ausschließlich für die einheimische Wohnbevölkerung. Dies kann so nicht weitergehen!

Wir wollen den Wohnungsbestand besser nutzen

Wir treten dafür ein, dass der vorhandene Wohnraumbestand besser, effektiver und gerechter genutzt wird. Durch gezielten Wohnungstausch zwischen unter- und überbelegten Wohnungen, durch die Untervermietung von Zimmern und Einliegerwohnungen, den Ausbau von Dachgeschossen und geeigneten Souterrainwohnungen, durch die Bildung von Wohngemeinschaften (auch von SeniorInnen) bzw. generationenübergreifenden Projekten, die Vermeidung von Wohnungsleerstand und die Verhinderung der Wohnraumzweckentfremdung könnte schon viel erreicht werden.

Neue Familienhäuser und große Wohnungen sollten so konzipiert werden, dass die nach dem Auszug der Kinder frei werdenden Räume ohne großen Aufwand abgetrennt und vermietet werden können. Der Bau erschwinglicher, seniorengerechter Wohnungen in den Stadtquartieren könnte für viele ältere BewohnerInnen großer, untergenutzter Wohnungen oder Häuser ein attraktives Umzugsangebot darstellen. Im Gegenzug würden wohnungssuchende Familien von den frei werdenden Wohnungen profitieren.





Wir fordern neue Chancen für die Quartiere

Mancher demographisch überalterte und schrumpfende Stadtteil (z.B. Landwasser oder Mooswald) könnte durch zusätzliche Wohnangebote wieder für neue MitbürgerInnen attraktiv werden. So könnte die vorhandene private wie öffentliche Infrastruktur gesichert werden, neue Angebote würden durch steigende Nachfrage überhaupt erst möglich. Auch aus volkswirtschaftlicher Perspektive ist dieser Weg der richtige, verursacht er doch wesentlich geringere Kosten als teure Infrastrukturmaßnahmen in Neubaugebieten am Stadtrand.

Wir wollen eine Stadt der starken Stadtteile

Freiburg soll eine Stadt der individuellen Stadtteile sein, mit denen sich die BewohnerInnen identifizieren. Wir betrachten die dort lebenden BürgerInnen als ExpertInnen für ihr alltägliches Lebensumfeld. Gemeinsam mit ihnen wollen wir die Schwachpunkte und Defizite des jeweiligen Stadtteils unter die Lupe nehmen und Vorschläge zur Aufwertung der Quartiere ausarbeiten. Diese Ideen, beispielsweise zur Verbesserung der sozialen Infrastruktur, der Einkaufsmöglichkeiten oder für ein attraktiveres Wohnumfeld (öffentliche Plätze, Verkehrsberuhigung, Grünflächen) sollen in speziellen Stadtteilentwicklungsplänen konkretisiert und Umsetzungsmöglichkeiten aufgezeigt werden. So werden die Stadtteile gerade auch für Familien mit Kindern wieder attraktive Wohn- und Lebensorte – eine wichtige Voraussetzung, um den Trend zur Abwanderung ins Umland zu bremsen.

Wir wollen die Innenstadt weiterentwickeln

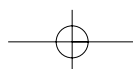
Wir wollen die Attraktivität der Innenstadt mit ihren vielfältigen Nutzungen und Funktionen erhalten – niemand soll ausgegrenzt werden. Wo immer möglich, sollte zusätzlicher Wohnraum geschaffen werden, um eine weitere Entvölkerung der Innenstadt zu verhindern. Die differenzierte Einzelhandelsstruktur der Innenstadt und der Stadtteilzentren darf nicht durch die unkontrollierte Ausbreitung von Einkaufszentren auf der grünen Wiese gefährdet werden. Deshalb werden wir auch künftig auf der Durchsetzung des Freiburger Märkte- und Zentrenkonzeptes bestehen.

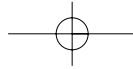
Die Zukunftsperspektiven für das Zentrum unserer Stadt und der ganzen Region wollen wir im Rahmen einer umfassenden Innenstadtkonzeption mit breiter öffentlicher Beteiligung diskutieren. Die Schonung und der Erhalt historischer Bausubstanz sind für uns wesentliche Bestandteile dieser Konzeption.

Wir wollen den Rotteck- und Werderring für den Durchgangsverkehr sperren und die Fußgängerzone bis zum Hauptbahnhof erweitern. Eine neue Stadtbahn soll den Innenstadtring mit seinen dann neu gestalteten, attraktiven Plätzen erschließen. Auch die Rempartstraße soll vom Durchgangsverkehr befreit werden und damit der Universität neue Möglichkeiten zur Integration der Mensa eröffnen.

Wir fordern die Entflechtung von Autoverkehr und Straßenbahn an der Schlossbergnase und eine städtebaulich gelungene Verknüpfung von Wiehre und oberer Altstadt über den Schwabentorring. Einer Neubebauung unterhalb des Greiffeneggschlössles stimmen wir nur bei einer architektonisch herausragenden, dem Standort angepassten Lösung und einer entsprechend hochwertigen Nutzung zu.

Wenn der Stadttunnel tatsächlich gebaut wird, ergeben sich faszinierende Chancen für die Neuordnung des Verkehrs: Eine Bündelung des Restverkehrs in beide Richtungen auf Schiller- und Leo-Wohleb-Straße würde die Beruhigung der westlichen Schwarzwaldstraße und den Rückbau der Dreisam- und Schreiberstraße ermöglichen. So könnte zwischen Schwabentorbrücke und Kronenbrücke ein innenstadtseitiger Boulevard entlang der Dreisam, mit direktem Zugang zum Flussufer und neuen Freizeit- und Erholungsangeboten entstehen. Freiburg würde endlich als „Stadt am Fluss“ erlebbar.





Wir wollen eine lebendige und grüne Stadt

Wir wollen eine urbane Stadt, eine Stadt der kurzen Wege, eine Stadt mit vielfältigen Nutzungen, einer funktionierenden Nahversorgung und lebendigen Nachbarschaften. Wir wollen keine eintönigen Einfamilienhaussiedlungen an der Peripherie, wo Einkaufen, Bildung, Freizeit, Kultur, Kinderbetreuung und vieles andere ohne Zweitauto und zusätzlichen Zeitaufwand kaum möglich ist. Und wir wollen eine grüne Stadt mit vielen Bäumen und miteinander vernetzten wohnungsnahen Grünflächen, die das Stadtklima verbessern und Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung und Erholung bieten.

Wir fordern Augenmaß und Qualität bei allen Neubaumaßnahmen

Auch wenn wir konsequent auf die flächensparende Innenentwicklung setzen, werden wir nicht auf die Ausweisung neuer Wohnbauflächen verzichten können. Diese sollten in überschaubarer Größenordnung und bevorzugt im Anschluss an vorhandene Baugebiete entstehen und an die Hauptachsen des ÖPNV angebunden werden können. Ihre ökologische, städtebauliche und soziale Verträglichkeit ist im Vorfeld transparent und plausibel nachzuweisen.

Neue Wohngebiete sollen in kompakter Bauweise, mit flächensparender Erschließung und unter bestmöglicher Berücksichtigung ökologischer Erfordernisse realisiert werden. Barrierefreies Bauen sollte selbstverständlich werden. Hier kann und sollte die öffentliche Hand Vorbild sein.

Autofreie bzw. stellplatzfreie Modelle unterstützen wir genauso wie genossenschaftliche Projekte und Baugruppen. Fördern wollen wir auch innovative Ideen für preisgünstigen Miet- und Eigentumswohnbau, insbesondere für Familien mit geringerem Einkommen. Gleiches gilt für integrative Wohnformen von Jung und Alt. Wo immer möglich, sollte die Stadt solche Vorhaben durch die Bereitstellung kostengünstiger Grundstücke oder durch eine Grundstücksvergabe in Erbpacht fördern.

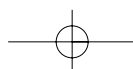
Wir wollen die regionale Zusammenarbeit verbessern

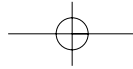
Die weiteren Entwicklungsperspektiven der Stadt Freiburg sollten mit allen Umlandgemeinden, nicht nur mit unseren unmittelbaren Nachbarn Merzhausen und Gundelfingen, abgestimmt werden. Wir wollen neue Modelle für eine die Stadtgrenzen überschreitende Zusammenarbeit entwickeln – bis hin zu interkommunalen Wohnbauprojekten auf geeigneten Flächen entlang der leistungsfähigen Schienenverkehrsverbindungen.

Wir wollen die vorhandenen Gewerbegebiete nutzen

Freiburg braucht in den nächsten Jahren keine neuen Gewerbeflächen größeren Umfangs. Priorität hat für uns die Umgestaltung des aufgegebenen Güterbahnhofs Nord zu einem attraktiven, über 40 ha großen Gewerbe- und Dienstleistungsstandort. Weitere Reserven bietet der interkommunale Gewerbepark Breisgau auf dem ehemaligen Militärflugplatz Bremgarten, an dem Freiburg mit 30% beteiligt ist. Darüber hinaus sind die Möglichkeiten zur Aktivierung von Gewerbebrachen und vorhandenen Reserveflächen sowie zur intensiven Ausnutzung untergenutzter Grundstücke in den vorhandenen Gewerbegebieten auszuschöpfen.

Falls für die Laufzeit des neuen Flächennutzungsplans 2020 weitere Gewerbeflächen ausgewiesen werden müssen, sind die Prinzipien des Flächensparens und der ökologischen Verträglichkeit für uns die maßgeblichen Kriterien. Gewerbebauten müssen künftig eine intensivere bauliche Ausnutzung der knappen Flächen bei gleichzeitigen ökologischen Ausgleichsmaßnahmen (Dach-, Fassadenbegrünung, Regenwasserversickerung, Energieverbrauchsminimierung) gewährleisten. Flächenfressende einstöckige Schuhkarton-Hallen mit riesigen ebenerdigen Asphaltparkplätzen müssen der Vergangenheit angehören.





Wir wollen moderne Planungsinstrumente einsetzen

Beschlüsse des Gemeinderates, per Bebauungsplan „billige“ Ackerflächen in teures Wohn- oder Gewerbebauland zu verwandeln, sorgen regelmäßig für erhebliche Wertsteigerungen. Von diesen Planungsgewinnen sollen nicht allein die jeweiligen privaten Grundeigentümer profitieren, während die Stadt, also: die Allgemeinheit, für die Erschließungskosten und die sonstige Infrastruktur (z.B. Schulen, Kindergärten) aufzukommen hat. Ein angemessener Teil des entstehenden Mehrwerts soll deshalb durch den Abschluss so genannter städtebaulicher Verträge zur Finanzierung dieser Folgekosten dienen. Ohne die Zustimmung der Bodeneigentümer zu solchen Regelungen soll es kein Baurecht geben.

Bürgerschaftliche Mitbestimmung

Der Gemeinderat entscheidet – aber nicht alles! Bürgerinnen und Bürger entscheiden nicht nur durch ihre Wählerstimme über die Zusammensetzung politischer Gremien, sie engagieren sich auch in Bürgervereinen, unterstützen Bürgerinitiativen oder machen sich auf andere Weise für ihre Interessen stark. Durch ihren Einsatz und ihre Sachkenntnis haben sie sich beträchtlichen gesellschaftlichen Einfluss erarbeitet.

Wir unterstützen bürgerschaftliches Engagement

Bemerkenswert viele FreiburgerInnen engagieren sich ehrenamtlich im Umwelt-, Kultur- und Sozialbereich. Wir Grünen unterstützen die „Freie Arbeitsgemeinschaft Bürgerschaftliches Engagement“ (FARBE) und die Freiwilligen-Agentur, die mit unterschiedlichen Konzepten bürgerschaftliches Engagement organisieren und lenken.

Wir begrüßen privates Sponsoring und setzen uns dafür ein, dass es die ihm gemäße gesellschaftliche Anerkennung erfährt. Der Bau des Schlossbergturmes beispielsweise wäre ohne die finanzielle Unterstützung von SponsorInnen nicht möglich gewesen. Auch etliche Freiburger Brunnen, die aus Geldnot abgestellt wurden, würden ohne private Finanzspritzen heute nicht wieder sprudeln.

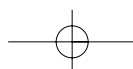
Wir streben die Gründung einer kommunalen BürgerInnen-Stiftung an, um BürgerInnen zu motivieren, sich in Zeiten knapper Kassen finanziell zu engagieren.

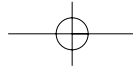
Wir fordern öffentliche Anerkennung für das ehrenamtliche Engagement der Freiburger BürgerInnen – sowohl im Gemeinderat als auch durch einen BürgerInnen-Preis.

Wir setzen uns für die politische Partizipation der BürgerInnen ein

Wir Grünen wollen, dass die BürgerInnen dieser Stadt sich in das politische Geschehen einmischen. Seit jeher dokumentieren wir unseren Respekt vor dem Bürgerwillen, indem wir eindeutige Ergebnisse von Bürgerentscheiden mittragen, auch wenn das gesetzlich vorgeschriebene Quorum nicht erreicht wird. Wir plädieren für eine deutliche Erleichterung von Bürgerentscheiden: 10 bis höchstens 20 Prozent der Stimmen aller wahlberechtigten BürgerInnen müssen ausreichen, um in wichtigen Fragen der Stadtentwicklungen gemeinderätliche Entscheidungen aufzuheben.

Wir begrüßen die Gesetzesinitiative des grünen Oberbürgermeisters für eine stärkere Beteiligung von Bürgervereinen und -initiativen an den städtischen Planungsprozessen. Wir haben mit den Bürgervereinen, mit sachverständigen BürgerInnen und mit der Lokalen Agenda gute Erfahrungen gemacht. Datenschutz ist wichtig, wo berechnete Interessen Einzelner geschützt werden sollen. Datenschutz darf aber nicht als Vorwand dienen, um den BürgerInnen Informationen über wichtige, für die Stadt und die Stadtteile bedeutsame Bauvorhaben vorzuenthalten und damit ihr Engagement auszubremsen. Wissen ist Macht – deshalb streben wir das gläserne Rathaus an. Wer mitreden und mitentscheiden will, muss wissen, worüber er oder sie redet. Wir setzen uns für die Schaffung eines elektronischen Rathaus-Informationen-Systems ein, zu dem alle BürgerInnen Zugang haben. Wir möchten BürgerInnen





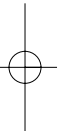
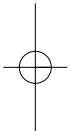
die Möglichkeit bieten, über das Internet mit den MitarbeiterInnen der Verwaltung Kontakt aufzunehmen, um sich direkt mit ihnen austauschen zu können.

Zukunftsvisionen: der Beteiligungshaushalt

Aus Porto Alegre in Brasilien stammt die Idee, breite Schichten der Bevölkerung an der Verteilung städtischer Gelder zu beteiligen. Während es in Brasilien zunächst um eine gerechte Aufteilung von Geldern zwischen armen und reichen Stadtteilen und um die Bekämpfung der Korruption ging, ließe sich in Freiburg mit dem Beteiligungskonzept möglicherweise mehr Konsens bei städtischen Investitionen erzielen.

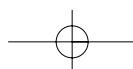
Wir schlagen vor, folgendes Experiment zu wagen: Zumindest ein Teil der Mittel für kommunale Investitionen sollte zukünftig nicht nach Ämtern und Dezernaten, sondern auf Stadtteil-Budgets verteilt und unter den BürgerInnen zur Diskussion gestellt werden – damit sie mitentscheiden können, ob beispielsweise ein Schulgebäude saniert oder ein neuer Radweg gebaut werden soll.

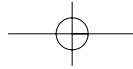
Partizipation und politische Verantwortung sind der Kitt, der die Gesellschaft zusammenhält. Die Kommune kann hierfür die Rahmenbedingungen schaffen: die Logistik bereitstellen, die Transparenz von Entscheidungsprozessen garantieren. Die Politik hat darauf zu achten, dass Minderheiten geschützt und übergeordnete Interessen der Stadt gewahrt bleiben. Mitmachen müssen Sie alle – und wir sind sicher, dass es Ihnen Spaß machen wird!



*Die bauliche Dichte künftiger Wohngebiete ist ein entscheidender Faktor für den Flächenbedarf: Freistehende Einfamilienhäuser verbrauchen weit mehr Fläche pro BewohnerIn als flächensparende Reihenhäuser. Die geringsten Flächenansprüche haben kompakte Mehrfamilien- oder Geschosswohnungsbauten.

** Gegen den Widerstand der Grünen hatte eine Gemeinderatsmehrheit auf Vorschlag des Alt-OB noch im Jahr 2000 beschlossen, allein bis 2010 zusätzlich 263 ha oder rund 500 Fußballfelder als neue Bauflächen im Flächennutzungsplan auszuweisen.





2. Bildungsstadt – Lernen fürs Leben

Bildung – warum?

Wir befinden uns mitten im Übergang von der Industrie- zur Informationsgesellschaft. Im Zuge dieses Übergangs ist Wissen der zentrale Faktor gesellschaftlicher Entwicklung. Von der Qualität des Bildungssystems hängt die Zukunft jedes Einzelnen und der Gesellschaft ab. In einem rohstoffarmen Land wie Deutschland ist eine gut ausgebildete Bevölkerung die wichtigste Ressource. Deshalb sind Investitionen in Bildung und Reformen des Bildungssystems für uns Grüne wesentliche Bestandteile einer nachhaltigen Politik. Der lebenslange Zugang zu Bildungsmöglichkeiten ist ein entscheidender Faktor für gesellschaftliche Gerechtigkeit und Zukunftsfähigkeit. Denn Bildung ist die Grundlage für die aktive Teilhabe jedes Einzelnen am gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Geschehen.

Freiburg – Stadt der Bildung und Wissenschaft

Freiburg ist eine Stadt der Bildung und Wissenschaft. Universität, Pädagogische Hochschule, Musikhochschule, Fachhochschulen, Akademien, Forschungsinstitute, Weiterbildungseinrichtungen und eine vielfältige Schullandschaft prägen ihren Ruf als Bildungszentrum. Die Albert-Ludwigs-Universität ist mit 14.000 MitarbeiterInnen die größte Arbeitgeberin in der Stadt. 27.000 Studierende werden hier und an den anderen (Fach-)Hochschulen unterrichtet. 34.000 Schülerinnen und Schüler besuchen mehr als 100 staatliche und freie Schulen mit unterschiedlichsten Profilen, von den Montessori-Schulen bis zum Deutsch-Französischen-Gymnasium.

Standortfaktor Bildung

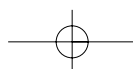
Bildung und Wissenstransfer sind in Freiburg bedeutende Standort- und Wirtschaftsfaktoren – das zeigt sich allein schon an den rund 20.000 Arbeitsplätzen im Bereich der bildungs- und forschungsnahen Dienstleistungen. Deshalb wird die Entwicklung einer attraktiven kommunalen Bildungslandschaft und ihre Präsentation nach außen immer wichtiger. Im internationalen Wettbewerb der Städte lassen sich durch herausragende kommunale Bildungsangebote Anreize für die Ansiedlung oder Gründung von Firmen schaffen. Immer mehr Betriebe wollen ihren Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften lokal decken und möchten für die Familien ihrer Angestellten ein attraktives Lern- und Lebensumfeld. Qualifizierte Fort- und Weiterbildungsangebote ziehen engagierte ArbeitnehmerInnen genauso an wie gute Schulen junge Familien. Die Stadt hat nicht nur für eine gute Bildungsinfrastruktur und eine breite Bildungsteilhabe zu sorgen, sondern muss auch das Standortprofil Freiburgs als „Stadt der Wissenschaft und Bildung“ weiterentwickeln.

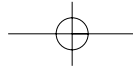
Wir wollen

- gemeinsame Projekte von Universität und Stadt bei der Wirtschaftsförderung, beim Technologietransfer, bei der Stadtentwicklung, im Bereich Schule und Kultur verstärkt fördern und die Freiburger Bildungsinstitutionen besser vernetzen;
- die Wissensregion Freiburg im Rahmen einer Stadtmarketing-Initiative öffentlichkeitswirksam präsentieren und über die bisherigen Grenzen hinaus bekannt machen;
- Freiburg als „Stadt der Wissenschaft und Bildung“ profilieren.

Wissen macht stark: Schulbildung

Die Schule ist ein Lebensort und keine Lernfabrik. Sie ist der Ort, an dem Kinder unterschiedlicher sozialer, kultureller, ethnischer und nationaler Herkunft miteinander lernen und leben. Aber immer noch





entscheidet die Herkunft über Bildungschancen: Sozial benachteiligte Kinder sind auch in ihrer Schullaufbahn benachteiligt. Gleichzeitig werden Begabungen nicht ausreichend gefördert. Schule muss daher lernen, Heterogenität pädagogisch zu nutzen und produktiv mit ihr umzugehen. Damit Kinder sich in ihrer Unterschiedlichkeit akzeptieren lernen, sollte die Schule mit gutem Beispiel vorangehen – indem sie sich beispielsweise von der Vorstellung verabschiedet, dass alle zur gleichen Zeit das Gleiche lernen müssen. Die Qualität der Schule und die Wirksamkeit pädagogischer Prozesse hängen entscheidend davon ab, wie stark sich alle Beteiligten – SchülerInnen, Eltern und Lehrkräfte – mit ihrer Schule identifizieren und sie mitgestalten können. In Schulen mit einem hohen Maß an Eigenständigkeit werden die besten Lernergebnisse und die höchste soziale Integration erzielt. Voraussetzung dafür sind u.a. die Reflexion über Schulprogramme, Qualitätsstandards und eine regelmäßige Evaluation. Alle Beteiligten müssen sich darüber verständigen, welche pädagogischen Leistungen ihre Schule erbringen soll: Wie sollen der Schulalltag und das Schulleben gestaltet werden? Welche pädagogischen Konzepte werden gelebt und vermittelt? Wie wird der Unterricht organisiert? Wofür werden Gelder verwendet und welches Personal wird eingestellt?

Kommunale Verantwortung: Pflicht und Kür

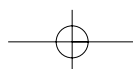
Die Stadt ist zuständig für den Erhalt, die Pflege und die Ausstattung der Schulgebäude sowie für die Beschäftigung der Hausmeister und des Verwaltungspersonals – kurz: für die so genannten „äußeren Schulangelegenheiten“. „Innere Schulangelegenheiten“ wie Bildungspläne, die Einstellung von Lehrkräften, Unterrichtsinhalte und Unterrichtsversorgung sind Aufgabe des Landes. In der Praxis ist diese Trennung jedoch nicht mehr aufrechtzuerhalten. Gefragt sind ganzheitliche Ansätze, die von den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen ausgehen und nicht schematisch normierten Zuständigkeiten folgen. So stellt die Stadt Beratungs- und Integrationsangebote zur Verfügung, gibt inhaltliche Anregungen und unterstützt eine innovative Schulentwicklung. Die Rollen von allen Beteiligten – Eltern, Schulaufsicht, Schulträgern und Schulen – müssen im Sinne einer kooperativen Verantwortung neu definiert werden.

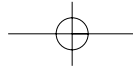
Sanierung macht Schule

Seit 1998 sind wir dabei, den jahrzehntelangen Sanierungs- und Investitionsstau an Freiburger Schulen zu beseitigen. Bis dahin waren die Schulen ein Stiefkind der Kommunalpolitik. Mit den Grünen wurden sie zum Investitionsschwerpunkt: Das Lycée Turenne wird generalsaniert, ebenso das Droste-Hülshoff-Gymnasium und die Weiherhofschulen. Die Max-Weber-Schule wird – wie das Deutsch-Französische-Gymnasium – dem Bedarf entsprechend erweitert. Das Keplergymnasium wird ausgebaut und deckt damit endlich den Bedarf im Freiburger Westen. Doch aufgrund der „Altlasten“ reichen die Mittel des Sonderprogramms „Altschulbausanierung“ trotz Aufstockung nicht für weitere Schulsanierungen aus. Im Investitionshaushalt muss daher die Schulbausanierung auch in den kommenden Jahren Schwerpunkt bleiben.

Endlich selbstständig

Schulen sollen selbst entscheiden können was sie benötigen, anschaffen oder verbessern möchten. Der Anteil der Mittel, der in Freiburg den Schulen als Eigenbudget zugebilligt wird, liegt mit über 30% vergleichsweise hoch – und das soll auch so bleiben. Die Verwendung der Mittel muss zwischen Schulleitung, Lehrerkollegium, Eltern und Schülervertretung abgesprochen werden. Für größere Anschaffungen, die von den Schulen nicht aus dem eigenen Budget geleistet werden können, z.B. die Einrichtung von Computerräumen, muss der Sonderfonds „Medienausstattung“ auch weiterhin ausreichend Gelder erhalten. Selbstständige Schulen, die über ein eigenes Budget verfügen, brauchen darüber hinaus echte Freiräume, um neue Lernprozesse zu organisieren. Eine Schule, die ihre Schülerinnen und Schüler zur Mündigkeit erziehen soll, muss auch selbst mündig, demokratisch und selbständig sein.





Wir können auch anders: Innovative Schulentwicklung

Viele Freiburger Schulen haben bereits Schulentwicklungsprozesse in Gang gesetzt: Sie öffnen sich ihrem Stadtteil, kooperieren mit Musik- und Sportvereinen, mit Jugendverbänden und sozialen Einrichtungen. Der 45-Minuten-Takt ist aufgehoben, fächerübergreifende Projekte werden durchgeführt, Erst- und Zweitklässler lernen gemeinsam, und LehrerInnen bilden Teams. Schöne neue Welt? Nicht ganz, denn Veränderungen rufen auch Widerstände hervor – und Veränderungswillen braucht Unterstützung. Vor zwei Jahren hat das grüne Dezernat II daher den „Fonds für innovative Schulentwicklung“ eingerichtet. Die 30.000 Euro, die er enthält, dienen zur Förderung von Schulen, die in ihr Umfeld hineinwirken, die Freiburger Schullandschaft positiv beeinflussen und Impulse für die Schulentwicklung geben. Trotz knapper Kassen muss dieser Fonds auch in den nächsten Jahren noch zur Verfügung stehen.

Wer die Wahl hat ...

Schulen, Kollegien und Stadtteile sind verschieden und haben unterschiedliche Stärken. Vielfalt ist etwas Bereicherndes. Deshalb wollen wir keine Einheitsschulen – sondern dafür sorgen, dass die Schulen sich eigene, passgenaue Profile schaffen können und SchülerInnen bzw. Eltern die für sie in Frage kommende Schule möglichst frei wählen können. Zu einer vielfältigen Schullandschaft in Freiburg gehören auch die Schulen in freier Trägerschaft. Ob Waldorf-, Montessori- oder andere freie Schulen – sie sind oft Wegbereiterinnen neuer pädagogischer Konzepte und haben unsere volle Unterstützung.

Die Staudinger-Gesamtschule

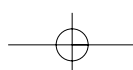
Das gilt auch für die Staudinger-Gesamtschule, die wir als integrierte Gesamtschule erhalten wollen. Alle internationalen Bildungsstudien haben gezeigt, dass unsere Kinder zu früh „sortiert“ werden und die unterschiedlichen Schullaufbahnen nicht durchlässig genug sind. Eine integrierte Orientierungsstufe wie in der Staudinger-Gesamtschule ist darauf die richtige Antwort. Niemand muss sein Kind auf die Gesamtschule schicken, aber jeder sollte die Möglichkeit dazu haben. Freiburg braucht die Staudinger-Gesamtschule, deren pädagogisches Ziel Integration – und nicht frühe Selektion – heißt.

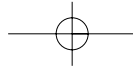
Schulsozialarbeit

Konflikte auffangen, Familien bei der Bewältigung von Problemen helfen, gefährdete SchülerInnen stabilisieren und somit das gesamte Schulklima verbessern – das alles leistet die Schulsozialarbeit. Auch darin zeigt sich, wie Schule auf ihr Umfeld einwirken kann. Die vorhandenen Stellen für Schulsozialarbeit müssen daher auf jeden Fall gesichert werden. Wir setzen uns dafür ein, aufgrund des großen Bedarfs neue Stellen zu schaffen.

Wir wollen

- Schulgebäude als Lern- und Lebensort kindgerecht erhalten und gestalten;
- den Schulen selbstständiges Handeln ermöglichen, die selbstbestimmte Profilierung der Schulen fördern und die Schulen in freier Trägerschaft unterstützen;
- die Eigenständigkeit der Freiburger Schulen fördern und kommunale Beratungsangebote zur Schulentwicklung bereitstellen;
- die Staudinger Gesamtschule als integrierte Gesamtschule erhalten und stärken;
- die Schulsozialarbeit sichern und möglichst bedarfsgerecht ausbauen.





Keine halben Sachen: Ganztagschulen

Lernen braucht Zeit – Ganztagschulen haben sie. Vom gebundenen Konzept bis zum offenen Kooperationsmodell sind viele Formen möglich. Ganztagschulen bieten bessere Bedingungen für individuelle Förderung als der traditionelle Halbtagsbetrieb, wenn sie Lernen, Spielen und Bewegung in altersgemischten, relativ kleinen Gruppen klug aufeinander abstimmen und so zum sozialen Lernen und einer neuen Lernkultur beitragen. Viele SchülerInnen haben einen erhöhten Betreuungsbedarf und werden von den Fördermöglichkeiten, die eine Ganztagschule bietet, profitieren. Gleichzeitig können „stärkere“ SchülerInnen ihre Kenntnisse erweitern.

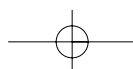
Das Programm „Zukunft Bildung und Betreuung“, mit dem die Bundesregierung auf die Ergebnisse der PISA-Studie reagierte, fördert Investitionen in Ganztagschulen bis zu 90%. Davon kann auch die Freiburger Schullandschaft profitieren. Bisher gibt es in Freiburg nur zwei öffentliche Ganztagschulen: die Staudinger-Gesamtschule und die Albert-Schweitzer-Schule II. Fünf weitere Freiburger Schulen bereiten sich auf die Umstellung zur Ganztagschule vor. Sie beziehen Angebote von Sportvereinen, Jugendeinrichtungen, lokalen Unternehmen und aus dem musisch-künstlerischen Bereich in ihre Planung ein. Bildung und Betreuung unter einem Dach haben Zukunft!

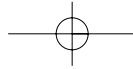
Teilzeitkinder gibt es nicht

Viele Eltern, deren Kinder keine Ganztagschule besuchen, sind auf die Betreuung ihrer Sprösslinge außerhalb der Schulzeiten angewiesen. Die kommunale ergänzende Betreuung („Kernzeitbetreuung“) sollte jedem Grundschulkind von 7.30 bis 13 Uhr zur Verfügung stehen. Gleichzeitig fordern wir die Landesregierung nachdrücklich auf, das Konzept der „verlässlichen Grundschule“ endlich umzusetzen. Die Übermittagsbetreuung, die an einigen Schulen von 13–14 Uhr angeboten und derzeit von 350 Schulkindern in Anspruch genommen wird, gilt es bedarfsgerecht weiter auszubauen. Hierzu wollen wir es Studierenden aller Fachrichtungen ermöglichen, auf Vermittlung des Studentenwerks vielseitige Projekte und Workshops in den Schulen anzubieten. Für die Zeit von 14–16 Uhr stehen an 20 Freiburger Schulen Schularbeitskreise zur schulbegleitenden, individuellen Förderung der Kinder zur Verfügung, an denen sich zurzeit rund 600 Kinder beteiligen. Im Rahmen der vom Land geförderten „Flexiblen Nachmittagsbetreuung“ sollen sie dort, wo Bedarf besteht, ausgebaut werden. Horte und Schülerhorte bieten Platz für 560 Kinder. Sie werden in diesem Jahr um 30 Plätze aufgestockt und sollten jährlich um die gleiche Anzahl erweitert werden.

Wir wollen

- die Freiburger Schulen ermuntern, die Förderprogramme von Bund und Land zu nutzen und den Ausbau zur Ganztagschule anzupacken;
- in Freiburg für jeden Schultyp mindestens ein Ganztagsschulangebot einrichten;
- uns dafür einsetzen, dass die notwendige Infrastruktur (Cafeteria/Mensa, Aufenthaltsräume) sowie ausreichend Personal für die Nachmittagsbetreuung zur Verfügung gestellt wird;
- die Kernzeitbetreuung für alle Grundschul Kinder sichern, für genügend Hortplätze sorgen sowie die Übermittagsbetreuung und die flexible Nachmittagsbetreuung von Schulkindern bedarfsgerecht ausbauen;
- Studierenden aller Fachrichtungen ermöglichen, Projekte und Workshops in den Schulen anzubieten;
- Eltern eine vielfältige Schullandschaft einschließlich Ganztagschulen zur Auswahl anbieten – sie aber nicht auf eine Schulform verpflichten: Ganztagschulen sind wie alle Schulen Angebotsschulen.





Lebenslanges Lernen

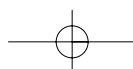
Der Schlüssel für die Fähigkeit zum lebenslangen Lernen liegt in der frühen Kindheit. In dieser Zeit werden die Grundlagen für Forschergeist und Entdeckungsfreude gelegt. Die Kindertageseinrichtungen haben darauf einen großen Einfluss. „Betreuung, Erziehung und Bildung“ – so lautet ihr gesetzlicher Auftrag. In den letzten Jahren lag der Schwerpunkt auf Betreuung und Erziehung. Höchste Zeit also, dass aus den Betreuungs- endlich Bildungseinrichtungen werden. Wir können es uns nicht leisten, fast ein Viertel unserer Kinder als Bildungsverlierer abzuschreiben und die anderen nicht angemessen zu fördern. Ein systematisches vorschulisches Curriculum, das auf spielerisches Lernen und lernendes Spielen setzt, ist erforderlich. Dabei geht es nicht darum, schon mit Vierjährigen Vokabeln zu pauken. Vielmehr sind die vielfältigen Talente der Kinder, ihre Wissenspotenziale, ihre emotionale Intelligenz und das soziale Lernen frühzeitig, altersgemäß und umfassend zu fördern. Kinder mit Migrationshintergrund brauchen Unterstützung beim Erlernen sowohl der deutschen als auch ihrer Muttersprache. Mehrsprachigkeit ist eine Ressource, die sich nutzen und fördern lässt. Nach skandinavischem Vorbild sollte jedes Kind ein „Logbuch“ bekommen, das seine individuellen Lern- und Entwicklungsschritte dokumentiert. Um Kinder auf diese Weise individuell zu fördern, brauchen wir qualifiziertes Personal, das sich mit frühkindlicher Sprachentwicklung, den Methoden frühkindlicher Sprachförderung, interkultureller Pädagogik und diagnostischen Verfahren auskennt. Die Ausbildung von ErzieherInnen muss also aufgewertet und auf ein international vergleichbares Niveau gehoben werden.

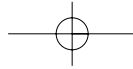
Wir wollen

- Kindertageseinrichtungen zu Bildungseinrichtungen machen, in deren Zentrum spielerisches Lernen und lernendes Spielen stehen;
- die Kooperation zwischen Kindergärten und Grundschulen in allen Stadtteilen ausbauen;
- erreichen, dass Erzieherinnen Fortbildungsmöglichkeiten in diagnostischen Verfahren, interkultureller Kompetenz und ganzheitlicher Sprachförderung erhalten;
- Projekte initiieren und unterstützen, die Kinder aus sozial benachteiligten Familien oder Kinder aus Zuwandererfamilien besonders fördern.

Weiterbildung

Wer sich Zeit seines Lebens als Lernende oder Lernender begreift, der oder dem fällt es leichter als anderen, sich auf Veränderungen einzustellen. Lebenslanges Lernen bietet überdies die Chance neues Wissen zu erlangen, es kritisch zu überprüfen und anzuwenden. Der technologische Wandel wird dazu führen, dass die Nachfrage nach gering qualifizierten Arbeitskräften weiter sinkt. Qualifizierung und Neuorientierung werden für jeden Einzelnen also immer wichtiger. Eine aktive Weiterbildungspolitik hält den Menschen den Zugang zu Bildungsinstitutionen in allen Lebensphasen offen und versetzt sie in die Lage, sich jederzeit weiter zu qualifizieren – auch bei Arbeitslosigkeit oder Berufswechsel. Volkshochschule und Stadtbibliothek stellen sich als Teil der öffentlichen Infrastruktur den Herausforderungen der Arbeitswelt und weisen Wege in die Zukunft. Sie bieten kostengünstige Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten an und sichern den Zugang zu Wissen in allen medialen Formen. Die Stadt hat die Aufgabe, den BürgerInnen das Weiterlernen, Umlernen, Nachlernen und Neulernen in den städtischen Weiterbildungseinrichtungen zu ermöglichen und trotz der prekären Finanzlage nachhaltige Lösungen für diese Institutionen zu entwickeln.





Wir wollen

- eine aktive Weiterbildungspolitik, die den Zugang zu Bildungsinstitutionen in allen Lebensphasen ermöglicht;
- Stadtbibliothek und Volkshochschule als kommunale Weiterbildungsangebote erhalten und weiter entwickeln.

Überlebenstraining: Studieren in Freiburg

Seine unverwechselbare Atmosphäre verdankt Freiburg nicht zuletzt der Universität und den 27.000 Studierenden, die hier leben und lernen – Tendenz steigend. Doch in Freiburg zu studieren ist nicht nur wegen des besonderen Flairs unserer Stadt populär; darüber hinaus genießt die Universität auch in Wissenschaftskreisen einen guten Ruf. Eine Unterstützung der Studierenden und eine gute Zusammenarbeit zwischen der Stadt und ihren Hochschulen sind daher unverzichtbar.

Zu tun gibt es genug:

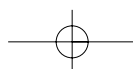
In den vergangenen Jahren gehörten Notunterkünfte zum Alltag vieler Studienanfänger: Hohe Mieten und mangelnder Wohnraum stellen ein großes Problem dar.

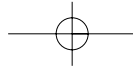
Mit dem 2002 eingeführten Semesterticket wurde die langjährige Forderung der Grünen, Studierenden bei der Benutzung des ÖPNV Vergünstigungen einzuräumen, erfüllt. Im Vergleich zu anderen Uni-Städten bietet das Freiburger Semesterticket aber für seinen Preis zu wenig.

Das „Campus-in-der-Stadt“-Konzept der Uni Freiburg bedarf seit Jahren der Verbesserung: Viel befahrene Straßen machen es nach wie vor schwierig, die Mensa oder die Uni-Bibliothek zu erreichen. Mit der auf langjähriges Betreiben der Freiburger Grünen hin beschlossenen Sperrung der Rempartstraße und eines Teils des Rotteck-/Werderrings für den Autoverkehr bietet sich hier eine einmalige Chance, den Campus neu zu gestalten.

Wir wollen

- die Erhaltung, Erweiterung und Neuschaffung von Wohnraum für Studierende;
- den Ausbau des Semestertickets: freie Fahrt ab 19 Uhr für den „Sockelbeitrag“;
- eine mutige und den Interessen der Studierenden gerecht werdende Neugestaltung des Rotteck-/Werderrings.





3. Sonnenstadt – Alternative Energien

Klimaschutz und nachhaltige Energieversorgung

Lähmende Hitze, ausgetrocknete Flüsse und Bäche, dann wieder Überschwemmungen – extreme Wetterlagen häufen sich auch hier bei uns. Sie sind Anzeichen einer weltweiten Klimaverschlechterung, die uns Menschen und die Natur gleichermaßen bedroht. Erfolgreicher globaler Klimaschutz stellt daher eine zentrale Aufgabe dieses Jahrhunderts dar.

In Freiburg werden sich die Grünen – nach dem Leitsatz „Global denken, lokal wirtschaften“ – dafür einsetzen, dass alle Möglichkeiten zur Verminderung klimaschädlicher Emissionen auch mit dem Blick über die Stadtgrenzen hinaus konsequent ausgeschöpft werden. Wenn unsere Stadt sich als Innovationsmotor der Oberrhein-Region begreift, können vor allem bei den regenerativen Energien neue wirtschaftliche Potenziale erschlossen und vorhandene Standortfaktoren, z.B. im Bereich der Solar-energie, erfolgreich ausgebaut werden.

Ausgangslage

Im Rahmen des 1996 erstellten Klimaschutzkonzepts verpflichtete sich der Freiburger Gemeinderat, die CO₂-Emissionen Freiburgs gegenüber 1992 um 25% bis zum Jahr 2010 zu senken. Außerdem wurde 2002 auf grüne Initiative hin einstimmig beschlossen, dass im Jahr 2010 mindestens 10% des in Freiburg verbrauchten Stroms aus regenerativen Energiequellen stammen sollen.

Heute gibt es noch immer ähnlich hohe CO₂-Emissionen wie vor zwölf Jahren, und 2003 wurden erst ganze 2% des benötigten Stroms regenerativ erzeugt. Immerhin konnte mit Hilfe der Windkraft – endlich auch auf Freiburger Gemarkung – dieser Anteil auf 3,7% erhöht werden. Damit haben wir allerdings nicht einmal die Hälfte des angestrebten Wertes erreicht.

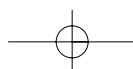
Einstieg in den effizienten und sparsamen Einsatz von Energie

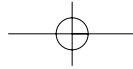
Grundlage jedes nachhaltigen Energieversorgungskonzepts – und auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten sinnvoll – sind Energiesparmaßnahmen. Unser derzeitiger Energieverbrauch könnte auf diese Weise um rund ein Drittel gesenkt werden. Das größte Sparpotenzial liegt in der Sanierung von Altbauten. Doch auch bei Neubauten lässt sich problemlos Energie sparen: Passiv- und Plusenergiehäuser, wie sie etwa in der Solarsiedlung am Schlierberg entstehen, zeigen, dass modernste Gebäudetechnik erfolgreich eingesetzt werden kann und von den Bürgern angenommen wird.

Auch der Energieverbrauch einiger öffentlicher Gebäude konnte mit Hilfe des Contracting-Konzepts* erheblich gesenkt werden. Trotzdem wird nicht nur in öffentlichen Einrichtungen, sondern auch im privaten Bereich immer noch viel zu viel Energie verschwendet, z.B. durch veraltete Technik oder den Einsatz von Stand-by-Geräten.

Daher fordern wir

- Maßnahmen zur Wärmedämmung und die Modernisierung von Energieanlagen müssen weiterhin gefördert werden. Das nützt dem Klima und dem Handwerk.
- Für alle Neubauten sollte künftig der Passivhausstandard gelten. So kann Freiburg sich auch künftig erfolgreich als Vorreiter innovativer Klimaschutzmaßnahmen profilieren.
- Das Contracting-Konzept sollte mit kompetenten Partnern konsequent weitergeführt und – mit Vorbildfunktion für private Immobilien – auf den gesamten städtischen Gebäudebestand ausgedehnt werden. So wird Energie effizient eingesetzt, die knappen Kassen werden entlastet und das Klima wird geschützt.
- Öffentliche Einrichtungen sollten künftig grundsätzlich auf Stand-by-Geräte verzichten. Außerdem fordern wir eine Informationskampagne zur Sensibilisierung der Bürger und Bürgerinnen. Weitere





- Maßnahmen wie etwa die Umrüstung auf effizientere Formen der Straßenbeleuchtung und eine Strom sparende Ampeltechnik sind nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch sinnvoll.
- Die Rolle der Energieagentur als Schnittstelle zwischen Energieexperten, Handwerk und Kommune muss bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen im privaten und gewerblichen Bereich gestärkt werden.

Umstieg auf regenerative Energien

Die solare Zukunft hat bereits begonnen! Viele Unternehmen und private Initiativen in Freiburg setzen auf erneuerbare Energien. Solarkollektoren und Wärmepumpen werden zur Wärmeerzeugung genutzt, und auch der klimaneutrale Energieträger Holz wird in unserer Region immer wichtiger.

Nur wenn diese Potenziale mutig weiter erschlossen werden, kann das Ziel, bis zum Jahr 2010 mindestens 10% des in Freiburg verbrauchten Stroms mit regenerativen Techniken vor Ort zu produzieren, erreicht werden. Neben der Windkraft müssen auch die Photovoltaik, Kleinwasserkraftwerke und neue Techniken wie z.B. geothermische Kraftwerke massiv ausgebaut werden. Die Photovoltaikanlage auf dem Freiburger Rathaus ist ein symbolischer Einstieg in die solare Stromproduktion auf allen geeigneten Dachflächen, Fassaden, Lärmschutzwänden oder Überdachungen von versiegelten Flächen.

Strom und Wärme lassen sich besonders wirtschaftlich durch Kraft-Wärme-Kopplung erzeugen. Diese Technologie eignet sich auch gut für den Einsatz nachwachsender Rohstoffe. Leider ist der Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung, besonders bei Kleinanlagen, immer noch viel zu gering.

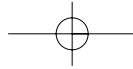
Um eine nachhaltige Energieerzeugung zu erreichen, wollen wir

- die Nutzung von Sonne oder Erdwärme nicht nur in Privathaushalten, sondern auch in Wirtschaftsbetrieben zum integralen Bestandteil der Gebäudetechnik machen. Die Installation einer Solaranlage muss für alle Neubauten und bei jeder größeren Umbaumaßnahme zum Standard werden;
- parallel zu nationalen Vorgaben in Freiburg Lösungen finden, die den Einsatz der Kraft-Wärme-Kopplung sowohl für Gewerbebetriebe wie auch für Privatleute finanziell attraktiver machen;
- den Anteil von Anlagen mit Biomassenutzung weiter steigern. Das würde nicht nur dem Klima zugute kommen, sondern auch regionale Wirtschaftskreisläufe stärken;
- erreichen, dass alte, mit fossilen Energieträgern betriebene Heizungsanlagen in städtischen Gebäuden, vor allem in Schulen, durch moderne Heizungsanlagen und Blockheizkraftwerke mit Biomassebefuerung ersetzt werden;
- die Stromerzeugung aus allen erneuerbaren Energien massiv ausbauen.

Ein grüner Fahrplan für die Zukunft

Einiges haben wir in den letzten Jahren in Freiburg bewegt und die ersten Schritte in die richtige Richtung sind getan. Um auch in Zukunft eine erfolgreiche Energiepolitik machen zu können, brauchen wir ein verbindliches Energie- und Klimaschutzkonzept mit konkreten und transparenten Zielen für die kommenden Jahre, auch über das Jahr 2010 hinaus. Bei allen von der Stadt zu treffenden Entscheidungen müssen die jeweiligen Auswirkungen auf das Klima berücksichtigt werden. Dies bedeutet auch, die externen Kosten von CO₂-Emissionen in alle Wirtschaftlichkeitsberechnungen einzubeziehen. Durch eine regelmäßige Überprüfung des aktuellen Standes können wir den Erfolg energiepolitischer Maßnahmen bewerten und gegebenenfalls neue Initiativen in Gang setzen. Nur so lassen sich die angestrebten Zwischenziele für 2010 erreichen, nur so können wir eine nachhaltige Energieversorgung für zukünftige Generationen sicherstellen.

* Dabei werden von einem externen privaten Investor veraltete Energieanlagen und -installationen durch modernere ersetzt. Innerhalb eines zeitlich begrenzten Vertrages werden diese Investitionen durch den Differenzbetrag zwischen den alten Energiekosten und den durch die Energieeinsparung bedingten neuen niedrigeren refinanziert. Danach gehen die Anlagen in den Besitz des Gebäudeeigentümers über, der dann vollständig von den geringeren Betriebskosten profitiert.



4. Mobile Stadt – Innovativer Verkehrsmix

Städtisches Leben ist ohne Mobilität undenkbar: Sich innerhalb und außerhalb der Stadt zu Fuß und mit den verschiedensten Verkehrsmitteln zügig und problemlos bewegen zu können, ist für viele BürgerInnen ein wesentlicher Bestandteil der Lebensqualität. Gleichzeitig entwickelt sich der Verkehr immer mehr zum umwelt- und klimapolitischen Sorgenkind. Wir setzen uns für klare Prioritäten zugunsten des „Umweltverbundes“ ein, wollen also die Mobilität zu Fuß, per Fahrrad und mit dem öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) weiter vorantreiben – ohne dabei das Auto zu verteufeln. Gerade im städtischen Umfeld stößt aber der Autoverkehr deutlich an seine Grenzen.

Ausgangslage

Seit der erfolgreichen Einführung der Umweltschutzkarte, die später zur Regiokarte wurde, spielt Freiburg bundesweit eine Vorreiterrolle im ÖPNV. Allerdings sind Busse und Bahnen nur im „Binnenverkehr“ innerhalb der Stadtgrenzen, was lediglich 40% des Gesamtverkehrsaufkommens ausmacht, wirklich gefragt – enormen Nachholbedarf gibt es dagegen bei den stetig wachsenden Pendlerströmen (47%) und beim Durchgangsverkehr (13%).

Auch als Radfahrerstadt hat sich Freiburg einen Namen gemacht. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger nutzen das Fahrrad als bevorzugtes Verkehrsmittel. Doch das bestehende Radwegenetz reicht für ihre Bedürfnisse nicht mehr aus. Deutlich zurückgegangen ist der Anteil der zu Fuß zurückgelegten Wege. Unser Ziel ist es, für die schwächsten, aber umweltschonendsten Verkehrsteilnehmer attraktivere Verkehrsbedingungen zu schaffen.

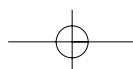
Unterwegs in Freiburg

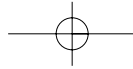
... zu Fuß

Zu Fuß zu gehen ist die natürlichste und ursprüngliche Art der Fortbewegung. FußgängerInnen sind im Konfliktfall die schwächsten Verkehrsteilnehmer. Deshalb müssen ihre Interessen bei der allgemeinen Verkehrsplanung und bei der Quartiersplanung Priorität haben. So ist es beispielsweise Aufgabe der Verkehrspolitik, Quartiere so zu planen, dass die BewohnerInnen – insbesondere Kinder und alte Menschen – ihre Ziele zu Fuß bequem erreichen können (ohne Slalom um die parkenden Autos usw.). Lebensqualität in der Stadt heißt auch, in der Nähe einkaufen zu können. Durch eine sinnvolle Verbindung von Wohnen und Arbeiten wollen wir eine „Stadt der kurzen Wege“ schaffen.

... mit dem Fahrrad

Schon jetzt verwenden in Freiburg viele Menschen das Fahrrad als Verkehrs- und Transportmittel, aber auch für Sport, Spiel und Spaß. Das bestehende Radverkehrsnetz reicht nicht mehr aus für die vielen RadfahrerInnen mit ihren unterschiedlichen Bedürfnissen. Und es entspricht oft nicht den Anforderungen der Verkehrssicherheit: Autos gefährden RadfahrerInnen, Radler gefährden FußgängerInnen. Wir wollen aber den Anteil des Radverkehrs weiter steigern. Dazu braucht es eine moderne Verkehrsplanung unter Beteiligung von BürgerInnen und Verbänden, ausgebaute und gut lesbar beschilderte Fahrradrouten durch die Stadt, Kreuzungsumbauten und Stellplätze. Das bedeutet Sicherheit und Attraktivität, die jedoch nicht zum Nulltarif zu haben sind. Daher fordern wir, die Mittel zur Förderung des Radverkehrs im Vergleich zu den vergangenen Jahren wieder aufzustocken und mehr Einbahnstraßen für den Radverkehr in der Gegenrichtung zu öffnen.





... mit Bus und Bahn

Die Erfolgsgeschichte des Freiburger ÖPNV muss fortgeschrieben werden. Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, das beschlossene ehrgeizige Programm zum Ausbau des Stadtbahnnetzes trotz der knappen Kassen zu realisieren (Vauban–Rotteck-/Werderring, Littenweiler–Kappel, Zähringen–Gundelfingen, Messelinie) und den Einsatz biogener Treibstoffe wie Biogas zu fördern. Wir leisten damit einen wichtigen Beitrag zum kommunalen Klimaschutz.

Zentrales Element des Stadtbahnprogramms ist die zweite Innenstadttrasse über Rotteck- und Werderring. Hätte der Gemeinderat das klare Ergebnis des Bürgerentscheids gleich akzeptiert, wären wir bei der Realisierung schon ein großes Stück weiter. Denn die Entlastung des Verkehrsknotenpunkts Bertoldsbrunnen ist überfällig – und die Erweiterung der Fußgängerzone bis zum Bahnhof ist eine großartige Chance für die Stadtentwicklung sowie ein Garant für mehr städtische Lebensqualität.

Bei der Tarifgestaltung hat Freiburg – etwa mit der Einführung der Regiokarte – ÖPNV-Geschichte geschrieben. Doch wir sollten uns nicht auf unseren Lorbeeren ausruhen. Kreative Ergänzungen (das Jobticket, attraktive Angebote im Freizeitverkehr) können das gesamte System noch erfolgreicher machen. Dazu gehört auch, endlich eine praktikable Regelung zur Mitnahme von Fahrrädern zu finden.

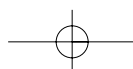
... und manchmal mit dem Auto

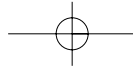
Das Freiburger Straßennetz ist nahezu komplett, die Grenzen des Mach- und Zumutbaren sind schon lange erreicht. In vielen Wohnquartieren leiden die BewohnerInnen unter Autolärm, Abgasen, dem Flächenanspruch und den Kosten des ruhenden Verkehrs (Anlage und Unterhaltung von Parkraum, Verbrauch von anderweitig nicht mehr nutzbaren Flächen). Freiburg als familienfreundliche Stadt braucht mehr Spielstraßen und verkehrsberuhigte Zonen. Zudem wollen wir das Car-Sharing fördern.

Die Bundestagsabgeordnete der Grünen, Kerstin Andreae, hat maßgeblich daran mitgewirkt, dass ein zweispuriger Stadttunnel nun zu den dringlichsten Verkehrsprojekten des Bundes zählt. Er würde die Stadt drastisch vom Durchgangsverkehr entlasten und die innenstadtnahen Dreisamufer wieder zu Erholungsräumen machen.

Wir wollen

- die Stadtbahnerweiterungen nach Vauban, Gundelfingen und Kappel trotz Finanznot wie geplant in Angriff nehmen;
- eine zusätzliche Stadtbahntrasse auf dem Rotteckring, um den Knotenpunkt Bertoldsbrunnen zu entlasten;
- dem Fuß- und Fahrradverkehr Vorrang einräumen.





5. Stadt der Zukunft – Nachhaltiges Wirtschaften

Grüne Wirtschaftspolitik orientiert sich nicht an rein quantitativen Wachstumsraten. Gerade in der momentanen Strukturkrise gilt es, neue ökonomische Eckpunkte und Ziele zu definieren. Dabei geht es nicht nur um den Abbau der Arbeitslosigkeit, sondern auch um Chancengerechtigkeit beim Zugang zum Arbeitsmarkt sowie um eine Wirtschaftsförderung, die vorhandene Potenziale und Qualitäten nutzt, ausbaut und die Lebensqualität der Menschen nachhaltig verbessert. Die Kernelemente einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik sind: die Förderung zukunftsorientierter Branchen und Umwelttechnologien, eine Politik, die sich der Geschlechtergerechtigkeit, Kinderfreundlichkeit und Transparenz verschreibt, und die Umsetzung intelligenter, passgenau zugeschnittener Maßnahmen statt überdimensionierter Großprojekte.

Damit die Städte durch Investitionen ihrer Rolle als wichtiger Motor der regionalen Wirtschaft gerecht werden können, muss ihre finanzielle Ausstattung bundesweit verbessert und stabilisiert werden. Wichtig hierbei ist die konsequente Einhaltung des Konnexitätsprinzips: „Wer bestellt“, der zahlt auch (vgl. hierzu auch: „Solide Stadt“).

Wirtschaftspolitik in Freiburg: Daten und Fakten

Freiburg ist von der bundesweiten Wirtschaftskrise nicht verschont geblieben. Zahlreiche AkademikerInnen finden keinen Arbeitsplatz; es fehlen qualifizierte Ausbildungsplätze für Schulabgänger und leere städtische Kassen hemmen die kommunale Investitionstätigkeit.

Dennoch hat Freiburg gegenüber anderen Standorten Vorteile, die die Bewältigung der schwierigen Wirtschafts- und Finanzlage erleichtern: Gerade in unserer Stadt zeigt sich, dass ökologisch orientiertes Wirtschaften wesentlich zur ökonomischen Stärkung einer Region beitragen kann und zur Schaffung von Arbeitsplätzen führt. Insgesamt ist die Zahl der Beschäftigten seit 1987 um ca. 15% gestiegen. Freiburg gilt inzwischen als Umwelt- und Solarhauptstadt Deutschlands. Mit der Solarfabrik, der Teilnahme an der Expo 2000, den Fraunhofer-Instituten, dem neuen Solar-Info-Zentrum am Flugplatz und ICLEI (Internationaler Rat für Kommunale Umweltinitiativen) hat Freiburg sein ökologisches Profil geschärft und dazu beigetragen, hoch qualifizierte Arbeitskräfte und somit hervorragendes wissenschaftliches Know-how an die Stadt zu binden.

Freiburg gehört überdies zu den wenigen deutschen Städten, die ein Bevölkerungswachstum verzeichnen. Auf dem Alten Messplatz entstehen Wohnungen und ein Geschäftszentrum, im Rieselfeld und auf dem Vauban-Areal zwei komplette neue Stadtteile.

Auf diese Weise werden Arbeitsplätze im Baugewerbe und dem Handwerk gesichert.

Die Folge: Trotz der schwierigen Finanzlage des Bundes stieg die Gewerbesteuer in Freiburg 2002 gegenüber dem Vorjahr um 21% auf ca. 97 Mio. Euro.

In den kommenden Jahren wird es unsere Aufgabe sein, die Wirtschaftskraft Freiburgs weiter auszubauen, innovative Ansätze zu unterstützen sowie Arbeitsplätze zu schaffen und zu erhalten. Dabei verfolgen wir folgende Ziele:

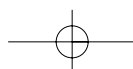
Wir wollen die Wachstumsbranche Umweltwirtschaft stärken

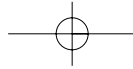
Freiburg besitzt mit der FWT – Freiburg Wirtschaft und Touristik – ein wichtiges Instrument der städtischen Wirtschaftsförderung. Um die Wirtschaftskraft unserer Stadt zu stärken, müssen die Ziele der Wirtschaftsförderung jedoch klarer als bisher formuliert werden.

Wir wollen Freiburg als grünen Wirtschaftsstandort profilieren. Deshalb unterstützen wir die Arbeit von Umweltinstituten und setzen uns für die Förderung und Neuansiedlung ökologisch orientierter Betriebe ein.

Als eine der vordringlichsten Aufgaben erachten wir die Förderung und den Ausbau umweltgerechter Technologien und regenerativer Energien aus Sonne, Wind und Biomasse. Auf diese Weise werden neue Arbeitsplätze entstehen – und Freiburg kann seine Position als Umwelthauptstadt festigen.

Jahr für Jahr gibt die Stadt viele Millionen Euro für Produkte, Dienste und Bauleistungen aus; nicht





immer werden dabei umweltpolitische Aspekte berücksichtigt. Eine erfreuliche Ausnahme bildet der Strombezug, den die Stadt bereits heute zu 43% aus regenerativen Energien bezieht und damit wie 10.000 weitere Freiburger Haushalte die Investitionen der Badenova in diesem Bereich stärkt. Wir wollen, dass die Stadt Freiburg in den nächsten Jahren Schritt für Schritt alle ihre Ausgaben unter die Lupe nimmt und umweltfreundlich gestaltet. Freiburgs Stadtverwaltung soll bundesweiter Vorreiter beim umweltfreundlichen Einkauf werden.

Wir setzen uns für eine aktive und qualifizierte Mittelsstandsförderung ein

Das Herzstück der Freiburger Wirtschaft bildet der Mittelstand und das heimische Handwerk. Auch der Dienstleistungssektor spielt eine wichtige ökonomische Rolle: So wurden von den neu geschaffenen Arbeitsplätzen rund 82% in dienstleistungsorientierten Betrieben geschaffen. Daneben geben Freiburger Existenzgründer, darunter viele Frauen, der Stadt wichtige wirtschaftliche Impulse.

In den nächsten Jahren wird es darum gehen, die bestehenden Betriebe nicht nur zu erhalten, sondern insbesondere kleinen Betrieben den notwendigen Strukturwandel zu erleichtern. Damit ihnen das nötige Know-how und angemessene Rahmenbedingungen zur Verfügung gestellt werden können, unterstützen wir den Wirtschaftsbeirat, der den kontinuierlichen Austausch zwischen den Betrieben, den Kammern, der Wirtschaftsförderung und der Politik sicherstellt und einen wichtigen Beitrag zur Lösung ökonomischer Probleme leistet. Bei der FWT wollen wir eine Anlaufstelle ansiedeln, die den Betrieben bei der Existenzsicherung hilft und z.B. über Fördermittel der EU informiert.

Vom Handwerk und vom Mittelstand erwarten wir andererseits, dass sie ausreichend zukunftsorientierte Ausbildungsplätze bereitstellen und so ihrer gesellschaftspolitischen Verantwortung gerecht werden.

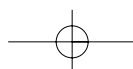
Wir plädieren für eine ökologische gewerbliche Ansiedlungspolitik und einen schonenden Umgang mit Gewerbeflächen

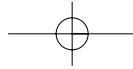
Der harte Kampf der Grünen um eine nachhaltige und sparsame Ausweisung von Gewerbeflächen hat sich gelohnt: Für die Ansiedlung von Betrieben gibt es inzwischen Kriterien. Neben dem Kaufpreis gehören dazu die bestmögliche Ausnutzung der Fläche und die Anzahl der geschaffenen Arbeitsplätze. Als weiteres Vergabekriterium sollten die von einem Betrieb geschaffenen Ausbildungsplätze herangezogen werden.

In den kommenden Jahren wird es eine rege Diskussion darüber geben, was mit dem Güterbahngelände Nord geschehen soll. Wir legen Wert darauf, dass auf dem Güterbahngelände neben umweltorientierten Betrieben insbesondere Betriebe aus der Film- und Medienbranche und aus der IT-Branche angesiedelt werden, da diese unserer Ansicht nach am ehesten geeignet sind, in Freiburg zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen. Bereits jetzt verfügt Freiburg mit dem Medienforum Freiburg und dem Location Office (Beratungseinrichtung für Filmschaffende) über wichtige Netzwerke der Film- und Medienbranche – wie die zunehmend rege Filmtätigkeit in der Stadt beweist. Das alte Bahnbetriebswerk ist unserer Ansicht nach als Film- und Medienzentrum besonders geeignet.

Wir streben die Vereinbarkeit von Familie und Beruf an

Eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik stellt sicher, dass Eltern genügend qualifizierte Kinderbetreuungseinrichtungen zur Verfügung stehen. Unsere französischen Nachbarn gehen uns hier mit gutem Beispiel voran. In Frankreich arbeiten viele gut ausgebildete Frauen ein halbes Jahr nach der Geburt eines Kindes wieder – u.a. deshalb, weil ihre Sprösslinge in qualifizierten Einrichtungen ganztags betreut werden. Diesen Standard wollen wir in Freiburg ebenfalls erreichen. Ergänzungsangebote wie z.B. be-





triebsspezifische Betreuungsangebote oder Kinderhotels sind notwendig, um ungewöhnliche Arbeitszeiten abzudecken. So lassen sich Messebesuche und ortsferne Weiterbildungen, aber auch ein abendlicher Kino- oder Theaterbesuch problemlos organisieren.

Viele BürgerInnen, die in den Gewerbegebieten arbeiten, sind darauf angewiesen, in der Mittagspause oder nach Feierabend einzukaufen. Sie sollen dafür nicht weit fahren müssen. Deshalb ist zu prüfen, ob in den Gewerbegebieten die Ansiedlung kleiner Lebensmittelgeschäfte mit den Zielen des Märktekonzeptes vereinbar ist.

Aus dem gleichen Grund sollte die Taktfrequenz der Busse und Straßenbahnen, die zwischen den Gewerbegebieten und der Stadt verkehren, erhöht werden.

Wir wollen Geschlechtergerechtigkeit

Frauen werden bei der Arbeitssuche, am Arbeitsplatz bei der Bezahlung, bei der Existenzgründung oder bei Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen auch heutzutage noch mehr Steine in den Weg gelegt als Männern. Wir treten für die Aufhebung der ökonomischen Benachteiligung von Frauen ein und unterstützen daher die Frauennetzwerke, die Frauenbeauftragten und besonders die Kontaktstelle Frau und Beruf.

Die Stadt als Arbeitgeberin hat mit den Dienstvereinbarungen zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf bzw. zum Schutz der Beschäftigten vor sexueller Belästigung am Arbeitsplatz eine Vorbildfunktion übernommen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt auch bei der Auftragsvergabe Betriebe mit innovativen Ansätzen zur Geschlechtergerechtigkeit bevorzugt berücksichtigt.

Wir möchten den Bildungsstandort Freiburg ausbauen

Freiburg ist eine Stadt der Wissenschaft und der Bildung. Neben der Universität, der Pädagogischen Hochschule und den Fachhochschulen prägen rund 150 Bildungseinrichtungen das Gesicht unserer Stadt. Rund 20.000 Arbeitsplätze in Freiburg sind im Bildungsbereich angesiedelt. Es bestehen also beste Voraussetzungen, die Chancen der Wissensgesellschaft zu nutzen und bei der Reform des Bildungssystems wichtige Impulse zu geben. Wir werden zukünftig nur bestehen können, wenn wir stark in die Bildung investieren (siehe Bildungskapitel).

Wir wollen Messen, Kongresse und touristische Angebote fördern

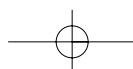
Freiburg ist ein beliebter Kongress- und Messestandort. Doch die Konkurrenz unter den Messeanbietern wächst. Um konkurrenzfähig zu bleiben, halten wir den Ausbau des Freiburger Messegeländes für erforderlich. Dabei müssen allerdings die betriebswirtschaftlichen Risiken überschaubar bleiben.

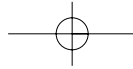
Wir bedauern, dass in Freiburg kein Science-Center gebaut wurde, weil die Landesregierung keine entsprechenden Mittel zur Verfügung gestellt hat.

TouristInnen schätzen an Freiburg nicht nur die schöne Umgebung, sondern auch das vielfältige kulturelle Angebot, die gute Küche und vor allem den „Wohlfühlfaktor“. Um die Attraktivität unserer Stadt als Erholungsraum zu erhalten und zu steigern, setzen wir auf eine umweltgerechte Tourismusförderung.

Wir brauchen eine städtische Arbeitsmarktpolitik

Auch wenn der Einfluss der Kommunen auf die Arbeitsmarktpolitik begrenzt ist, sind Städte und Gemeinden gefordert, sich aktiv für die Schaffung von Arbeitsplätzen einzusetzen und die Zugangsmöglichkeiten zum Arbeitsmarkt zu verbessern. Gerade Freiburg hat mit der Einrichtung der Kommunalen





Leitstelle für Arbeit (KOLA) und der neuen Teilzeitausbildungsoffensive bewiesen, dass der Wille zu handeln zu kreativen, erfolgreichen Lösungen führen kann. Auch mit der Umsetzung der Hartz-Gesetze soll das kommunale Wissen um den regionalen Arbeitsmarkt und seine Chancen und Tücken nicht verloren gehen; im Jobcenter* ist die Stadt gleichberechtigte Partnerin.

Wir sind der Ansicht, dass für Menschen, die keine Möglichkeit haben, auf dem regulären Arbeitsmarkt ihr Auskommen zu erzielen, ein zweiter und dritter Arbeitsmarkt weiterhin gebraucht wird. Eine Konzentration der Arbeitsvermittlung auf leicht vermittelbare Arbeitssuchende tragen wir nicht mit. Denn das Ziel, sich zumindest teilweise durch Erwerbstätigkeit selbst finanzieren und absichern zu können und somit ein produktiver Teil der Gesellschaft zu sein, gilt für alle Gruppen: für Jugendliche mit Lernschwierigkeiten genauso wie für Menschen mit körperlichen und geistigen Einschränkungen.

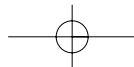
Die wichtigsten wirtschaftspolitischen Ziele der Grünen in den kommenden Jahren sind deshalb:

- Freiburg als Umweltstandort profilieren;
- Solar- und Windenergie sowie Energie aus Biomasse fördern;
- Freiburgs Bedeutung als Film- und Medienstandort stärken;
- Tourismus, Kongress- und Messewesen optimieren;
- die Zusammenarbeit mit der Universität, den Fachhochschulen und anderen Bildungseinrichtungen intensivieren;
- Arbeitsplätze schaffen und erhalten.

Die wichtigsten arbeitsmarktpolitischen Ziele der Grünen erfordern folgende Maßnahmen:

- den Erhalt und den Ausbau des Spektrums an Weiterbildungs- und Qualifizierungsangeboten und -trägern;
- die Entwicklung vorbildlicher Einstellungs- und Personalentwicklungskonzepte durch die Stadt, die Universität, das Handwerk und das Gewerbe;
- die Stärkung von Frauen und ihren Anliegen z.B. durch die Kontaktstelle Frau und Beruf
- die Unterstützung von ExistenzgründerInnen;
- die Stärkung von Jugendlichen beim Übergang von der Schule in den Beruf durch das Projekt Sprungbrett, die Jugendberufshilfe, die Schulsozialarbeit;
- die Schaffung neuer Ausbildungsberufe für Praktischbegabte.

* Jobcenter: Gemeinsame Anlaufstelle von Stadt und Arbeitsamt für alle Arbeitslose. Fasst die Leistungen für Arbeitssuchende unter einem Dach zusammen und bietet bei der Arbeitssuche Hilfe aus einer Hand für alle Problemlagen.



6. Solide Stadt – Verantwortungsvolles Haushalten

Viele Städte und Gemeinden sind seit Jahren kaum noch in der Lage einen ausgeglichenen, gesetzeskonformen Haushalt aufzustellen. Die Ausgaben der Kommunen laufen den Einnahmen immer schneller davon. Der wachsende Schuldenberg engt den zukünftigen politischen Handlungsspielraum unserer Kinder immer weiter ein.

Wir fordern deshalb eine nachhaltige, kostenbewusste und sparsame kommunale Finanzpolitik. Alle kommunalen Aufgaben, vor allem aber die Verwaltungsstrukturen selbst, müssen kontinuierlich auf ihre Zweckmäßigkeit und ihre Effektivität überprüft werden.

Doch auch in Zeiten knapper Kassen wollen wir investieren: Die Kinderbetreuung für Familien muss ausgebaut werden. Bildungsfördermaßnahmen – insbesondere für sozial benachteiligte Jugendliche – sind Investitionen in unsere Zukunft. Maßnahmen wie der Neubau der Stadtbahn Vauban–Neue Messe, die Verlängerung der Stadtbahn in Littenweiler und die energetische Sanierung der Schulen verringern die Belastung unserer Umwelt und fördern gleichzeitig regionale Bauunternehmen und Handwerksbetriebe.

Daten und Fakten

Rund 560 Millionen Euro (das entspricht 2.680 € pro Einwohner) gab die Stadt Freiburg im Jahr 2003 aus. Die laufenden Ausgaben der Verwaltung betragen ca. 495 Millionen €, die Investitionsausgaben beliefen sich auf ca. 67 Millionen €. Dank des niedrigen Zinsniveaus lastet der auf mehr als 300 Millionen € angewachsene Schuldenberg momentan nicht ganz so schwer auf den Schultern Freiburgs.

Fast 50% des Verwaltungshaushalts werden für Personal- und Sachkosten aufgewendet. Weitere 42% sind Pflichtzahlungen an den Landeswohlfahrtsverband, Steuerumlagen und Sozialhilfeleistungen. Nur über die restlichen 8% der Haushaltsmittel, die „freiwilligen“ Zuweisungen und Zuschüsse, kann der Gemeinderat entscheiden. Aus dem Vermögenshaushalt fließen 60% der Ausgaben in Baumaßnahmen und in den Erwerb von Grundstücken.

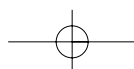
Die kommunalen Steuern – Gewerbe-, Grund- und Hundesteuer – beliefen sich im Jahr 2003 auf ca. 145 Millionen €. Die Einnahmen aus den sonstigen Steuer- und Finanzzuweisungen des Bundes und des Landes betragen ca. 220 Millionen €. Kurz vor Weihnachten bescherte eine einmalige Gewerbesteuerachzahlung in Höhe von 24 Millionen € der Stadt noch einen ausgeglichenen Haushalt für das Jahr 2003.

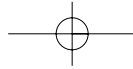
Die Gesellschaften, an denen die Stadt unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist, und die Zweckverbände mit den Umlandgemeinden erwirtschafteten 2003 ca. 890 Millionen €. Davon wurden 102 Millionen € wieder investiert. Die Gewinne aus der Badenova-Beteiligung glichen den Verlust der VAG im öffentlichen Nahverkehr aus.

Knappe Kassen – kein Grund zur Panik

Erfreulicherweise steigen die Gewerbesteuereinnahmen in Freiburg bisher kontinuierlich. Trotzdem sind die Gesamteinnahmen infolge der wirtschaftlichen Krise und geänderter Steuergesetze nicht in gleichem Maße gewachsen wie die Ausgaben für kommunale Pflichtaufgaben. Die im Jahr 2003 eingeführte Grundsicherung im Alter, die steigenden Umlagen zugunsten des Landeswohlfahrtsverbands und die Folgen der hohen Arbeitslosigkeit (in Freiburg ca. 9%) belasten die städtischen Kassen. Durch die unzureichende Beteiligung des Landes an der Finanzierung der Kindergärten im Jahr 2004 und die Landesverwaltungsreform im Jahr 2005 entstehen der Stadt weitere finanzielle Belastungen. Das Konnexitätsprinzip „wer bestellt, der zahlt auch“ wird von Bund und Land zunehmend missachtet, zu Lasten der Kommunen.

Die Folgekosten des Konzerthauses und der Neuen Messe belasten den städtischen Haushalt jährlich mit ca. 4,5 Millionen €. Durch eine kostenoptimierende höhere Auslastung der städtischen Veranstaltungs-, Kongress- und Messeräume wollen wir zukünftig die jährlichen Zuschüsse verringern. Das Ren-





tabilitätsprinzip muss auch für den Neubau der Mehrzweckhalle auf dem neuen Messegelände gelten. Diese für Rockkonzerte, Sportveranstaltungen und große Events geeignete Halle soll die alte Stadthalle ersetzen, die ab 2005 nicht mehr für Veranstaltungen zur Verfügung steht.

Größere Institutionen haben die Eigenart, sich selbst bei gleich bleibendem Aufgabenpensum immer weiter zu vergrößern. Auch die Freiburger Stadtverwaltung ist in den vergangenen Jahren auf etwa 3.100 Stellen mit rund 3.900 Beschäftigten angewachsen. Ämter wie z.B. das Lastenausgleichsamt werden noch ein paar Jahre weiterexistieren, auch wenn ihre eigentliche Aufgabe weitgehend erfüllt ist. Diese Tendenz gilt es umzukehren. Die Verwaltungen der Zukunft werden schlanker und die einzelnen Abteilungen selbstständiger sein. Indem wir Ämter und Schulen Budgets zuweisen, über die diese eigenständig verfügen können, fördern wir nicht nur das Kostenbewusstsein bei den Beschäftigten, auch die Arbeit kann effektiver gestaltet werden.

Die EDV-Ausstattung der Verwaltung hinkt dem heutigen Standard weit hinterher. Der Einsatz von freien Betriebssystemen und Open-Source-Software, anstelle lizenzierter Produkte von Microsoft und anderen Software-Anbietern, ist hier langfristig die deutlich günstigere Lösung.

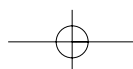
Rund 2.500 der 9.500 Gewerbebetriebe in Freiburg zahlen Gewerbesteuer. Dabei wurde im Jahr 2002 die Hälfte der 97 Millionen € Gewerbesteuer von neun Betrieben aufgebracht, 1.950 Betriebe zahlten zusammen gerade 6%. Dies macht deutlich, wie konjunkturanfällig die Gewerbesteuer in ihrer heutigen Form ist. Deshalb fordern wir – übereinstimmend mit dem deutschen Städtetag – die heutige Gewerbesteuer durch eine kommunale Wirtschaftssteuer zu ersetzen, die von konjunkturellen Schwankungen freigehalten werden sollte. Wir bedauern sehr, dass die CDU/CSU entsprechende Gesetze der Bundesregierung im Vermittlungsausschuss blockiert hat.

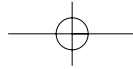
Sparen ist kein Selbstzweck. Es dient dazu, politische Handlungsspielräume zu erhalten. Auch in Zeiten knapper Kassen fordern wir deshalb Investitionen in die Kinderbetreuung, in die Bildung und Ausbildung unserer Kinder und Jugendlichen und in eine Politik der sozialen Gerechtigkeit. Aus diesem Grund haben wir eine Erhöhung der Zuschüsse für die Kindergartenträger ab 2004 unterstützt.

Die Kommunen sind die größten lokalen Auftraggeber. Investitionen in die Schulgebäudesanierung oder in den ÖPNV erhalten und schaffen Arbeitsplätze. Auch die Investitionen der städtischen Gesellschaften sind ein wichtiger lokaler Wirtschaftsmotor. Neuere Finanzierungsmodelle wie das Contracting, mit dem Energiesparmaßnahmen an Schulen und Hallenbädern außerhalb des Haushalts finanziert werden können, werden von uns vorangetrieben.

Freiburg ist nicht arm. Viele Bürgerinnen und Bürger beteiligen sich mit Spenden oder Beiträgen an Vereinen, Initiativen oder Spendenkampagnen. Sportvereine betreuen und unterhalten Sportstätten in der Stadt, Fördervereine an Schulen und Kindergärten finanzieren Sonderausstattungen und innovative Projekte. Einrichtungen wie die Anlauf- und Beratungsstelle für wohnungslose Frauen werden von sozial engagierten Vereinen unterstützt, die auf Spenden angewiesen sind. Manche Kulturveranstaltung könnte ohne Sponsoren nicht stattfinden. Die Initiative Eco-Watt finanzierte Energiesparmaßnahmen an der Staudinger-Gesamtschule und auch die Windräder drehen sich nur dank ökologischer Finanzanlagen von Freiburger Bürgerinnen und Bürgern. Dieses Engagement wollen wir unterstützen und fördern. Die Gründung einer „Bürger-Stiftung“ ist ein möglicher Schritt. Eine andere Variante, die unsere Unterstützung findet, ist das bei der Sanierung des Augustiner-Museums angewandte Modell, jeden gespendeten Euro durch einen städtischen Zuschuss zu verdoppeln.

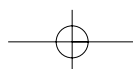
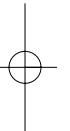
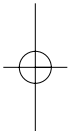
Bürgerengagement verlangt aber auf der anderen Seite auch Bürgerbeteiligung. Wir wollen die BürgerInnen stärker in die Haushaltsberatungen einbinden, indem wir Informationsversammlungen, Arbeitsgruppen zu bestimmten Haushaltsthemen und andere partizipative Modelle der Haushaltsplanung anregen. Das Internet bietet uns die Chance, die Verwaltung und damit auch das wohl wichtigste kommunalpolitische Thema, die Haushaltsberatungen, transparenter zu machen. Nutzen wir sie.

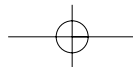




Was wir wollen

- Die Kommunalisierung der Kindergartenfinanzierung war ein richtiger Schritt. Die Grundsicherung im Alter trägt dazu bei, Altersarmut zu verhindern. Wir begrüßen auch ausdrücklich, dass die Schulämter im Zuge der Landesverwaltungsreform in die Zuständigkeit der Kreise und Städte übergehen. Doch diese neuen kommunalen Aufgaben müssen auch finanziert werden. Wir verlangen, dass Bund und Land den Städten und Gemeinden ausreichende finanzielle Mittel zur Verfügung stellen.
- Wir wollen durch eine höhere Auslastung der Veranstaltungs-, Kongress- und Messekapazitäten und durch mehr Kostenbewusstsein und -transparenz bei der FWT und der Messegesellschaft die Zuschüsse für das Konzerthaus und die Neue Messe kontinuierlich verringern. Freiburg muss als Stadt der Wissenschaft und als Veranstaltungsort für Kongresse, Tagungen und Messen noch attraktiver werden.
- Wir fordern mehr Eigenständigkeit und selbstverwaltete Budgets für Ämter und Schulen. So werden die Kosten für die Beschäftigten transparent und die Arbeit wird effektiver.
- Wir wollen den EDV-Ausstattungsstandard der Verwaltung deutlich verbessern. Die allmähliche Umstellung auf freie Betriebssysteme und freie Software spart teure Lizenzgebühren und erhöht die Unabhängigkeit und Flexibilität der städtischen IT-Konzeption.
- Wir fordern, die Gewerbesteuer in eine kommunale Wirtschaftsteuer umzubauen. Damit die Einnahmen der Kommune stetiger und berechenbarer fließen, wollen wir diese Steuer konjunkturunabhängiger gestalten als die alte Gewerbesteuer.
- Wir fordern Investitionen in den Ausbau der Grundschulen zu Ganztagschulen. Die Sanierung maroder Schulgebäude muss fortgesetzt werden.
- Wir wollen den Bau der Stadtbahn vom Stadtteil Vauban zur Neuen Messe ebenso voranbringen wie die Verlängerung der Linien nach Gundelfingen und von Littenweiler bis zum Kappler Knoten.
- Mit neuen Finanzierungsmodellen – wie dem von uns angeregten Contracting – können Investitionen in die energetische Sanierung von Gebäuden getätigt werden, die dem Schutz der Umwelt dienen, ohne den städtischen Haushalt zu belasten.
- Ohne privates finanzielles Engagement würde vieles in Freiburg nicht stattfinden. Dieses Engagement wollen wir fördern. Wir unterstützen die Gründung einer „Bürger-Stiftung“, wie es sie in vielen anderen Städten gibt.
- Wir fordern mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung bei der Aufstellung des städtischen Haushalts. Wir möchten die Bürger und Bürgerinnen über die Haushaltsberatungen informieren und sie an den Entscheidungsprozessen beteiligen.





7. Lebendige Stadt – Kinder, Jugend und Familie

Kinder großzuziehen bereitet viel Freude, führt aber auch zu Belastungen – zum Beispiel dann, wenn das Familieneinkommen kaum ausreicht, um den Lebensunterhalt zu sichern. Oder wenn die Entscheidung für Kinder insbesondere für Frauen einen Karriereknick bedeutet. Wir sollten die soziale Benachteiligung von Familien nicht einfach hinnehmen. Familien benötigen bezahlbaren Wohnraum, Kinder brauchen Platz, Betreuung und Zeit, Jugendliche benötigen Entfaltungschancen und in schwierigen Situationen Beratung und Hilfe.

Daten und Fakten

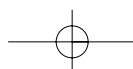
Zurzeit leben 33.000 Kinder und Jugendliche in Freiburg. Etwa 7.000 von ihnen sind zwischen 14 und 18 Jahre alt. Insgesamt ist die Zahl der Kinder und Jugendlichen im Vergleich zu 1998 erfreulicherweise um fast 30 Prozent gestiegen. Bei den unter 18-Jährigen waren 2002 insgesamt 4.100 Personen – in 2.600 Haushalten – durchgehend oder vorübergehend auf Sozialhilfe angewiesen. Die Sozialhilfestatistik beweist, dass vor allem für Alleinerziehende Kinder immer noch ein Armutsrisiko sind. Fast die Hälfte der Kinder, die Sozialhilfe beziehen, leben in Familien von Alleinerziehenden. Anders betrachtet: Mit einem Anteil von 21% ist keine andere gesellschaftliche Gruppe so stark auf Sozialhilfe angewiesen wie die der Alleinerziehenden.

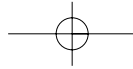
Freiburg verfügt über 6.500 Kindergartenplätze. Damit ist für die Drei- bis Sechsjährigen ein Versorgungsgrad von 93% erreicht. Die Kinder tummeln sich in 113 Einrichtungen unterschiedlicher Träger mit einem breiten Spektrum an pädagogischen Konzepten. Anders sieht es bei den Ein- bis Dreijährigen aus: Bisher finden nur 23% aller Krabbelkinder einen Betreuungsplatz. Noch schlechter steht es um die Nachmittagsbetreuung von Grundschulkindern: Für 12.300 Schulkinder stehen in den Horten, den altersgemischten Gruppen der Kindergärten oder in der „flexiblen Nachmittagsbetreuung“ an den Schulen lediglich 2.000 Plätze zur Verfügung.

Ebenso rar sind bezahlbare Wohnungen für Familien mit Kindern, obwohl der Gesamtbestand an Wohnungen in Freiburg in den letzten 10 Jahren um über 10.000 auf knapp über 100.000 Wohnungen gewachsen ist. Das Amt für Wohnungswesen verzeichnet in seiner Notfallkartei heute wieder über 1.000 Fälle – Tendenz steigend – von Einzelpersonen und Familien, die in akuter Wohnungsnot sind.

Kinder und Karriere: Zur Situation von Familien und Alleinerziehenden in Freiburg

Ein Thema, das für die Lebensplanung von Müttern und Vätern eine entscheidende Rolle spielt, ist die Vereinbarkeit von Kindern und Beruf. Sich für Kinder zu entscheiden heißt für einen Elternteil in der Regel, sein berufliches Engagement einzuschränken – mit allen Nachteilen für die eigene berufliche Entwicklung. Nach wie vor sind es meist die Frauen, die beruflichen Verzicht üben: Bis heute übernehmen Männer vor allem die finanzielle und Frauen die praktische und emotionale Versorgung der Familie. Wollen beide weiterhin ihrem Beruf nachgehen, sind sie häufig auf Teilzeitstellen angewiesen. Doch davon gibt es viel zu wenige – und die wenigen sind zudem meist auch noch schlecht bezahlt. Allein erziehende Frauen und Männer haben oft große Schwierigkeiten, Kinder und Beruf unter einen Hut zu bringen. Ebenso wie Familien, bei denen beide Elternteile berufstätig sind, brauchen sie in der Regel vom ersten bis zum zehnten Lebensjahr der Kinder eine flexible ganztägige Kinderbetreuung. Doch es fehlt nicht nur an Betreuungsmöglichkeiten für unter Dreijährige, sondern auch an Hortplätzen. Besonders problematisch gestaltet sich der Übergang vom Kindergarten in die Grundschule. Garantierte der Kindergarten häufig noch eine Ganztagsversorgung der Kinder, sind sie in der Schule anfänglich nur wenige Stunden untergebracht. Für Alleinerziehende ist dieses Problem besonders gravierend. Es ist zwar zu begrüßen, dass GrundschülerInnen inzwischen einen Anspruch auf Kernzeitbetreuung haben, doch die Versorgung am Nachmittag ist damit nicht sichergestellt. Die Lösung: Grundschulen sollten zu Ganztagschulen umgestaltet werden. So ließen sich gleichzeitig die Bildungschancen für Kinder aus sozial benachteiligten Familien deutlich verbessern.





Viel zu tun gibt es auch auf dem Wohnungsmarkt, der sich derzeit wenig familienfreundlich gestaltet. Seit Jahren werden immer weniger Sozialwohnungen gebaut. Viele Mietwohnungen sind daher sowohl für junge Familien als auch für Alleinerziehende kaum erschwinglich. Geringere Mietkosten könnten ihnen helfen, finanziell schwierige Phasen zu überbrücken.

Kinder und Jugendliche, Mädchen und Jungen: Entfaltungschancen für alle

Die Pisa-Studie hat gezeigt, wie entscheidend die soziale Herkunft für die Bildungs- und Berufschancen von Kindern ist. Unsere Wissensgesellschaft braucht gut ausgebildete junge Menschen, die auf dem späteren Arbeitsmarkt bestehen können. Daher versuchen viele ErzieherInnen bereits im Kindergarten, Defizite sozial benachteiligter Kinder auszugleichen. Genauso engagiert werden Kinder mit Migrationshintergrund gefördert. Hier ist Sprachkompetenz die Basis der Integration. Die innovative Arbeit von Kindereinrichtungen auf diesem Gebiet ist ein wichtiger Schritt zu mehr Chancengleichheit.

Auch junge „AusländerInnen“, die in Deutschland geboren sind oder den größten Teil ihres Lebens hier verbracht haben, beherrschen die deutsche Sprache oft nur unzureichend. Viele von ihnen haben deshalb Schwierigkeiten, einen höheren Schulabschluss zu erreichen. Um ihre Bildungschancen zu verbessern, sind auch sie auf gezielte Sprachförderung angewiesen.

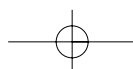
Auch den Übergang von der Schule in den Berufsalltag schaffen Jugendliche aus schwierigen sozialen Verhältnissen oft nicht reibungslos. HauptschulabsolventInnen finden häufig nicht den Ausbildungsplatz, den sie sich wünschen oder müssen in Berufsvorbereitungsklassen lange Wartezeiten überbrücken. Sie benötigen Beratung und Hilfe – genauso wie Jugendliche, die mit dem Gesetz in Konflikt geraten oder von legalen oder illegalen Drogen abhängig geworden sind.

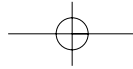
Auch im Freizeitbereich besteht weiterhin Handlungsbedarf. In Jugendgruppen dominieren in der Regel die Jungen. Dies trägt dazu bei, klassische Rollenmuster zu verfestigen. Eine moderne Gesellschaft bedarf jedoch der Geschlechtergerechtigkeit. Mädchen müssen die Möglichkeit haben eigene Interessen zu entwickeln und durchzusetzen. Ihre Anliegen sind uns wichtig.

Zentrale Orte der Freizeitgestaltung sind außerdem Sportvereine, städtische Plätze im Freien, Jugendzentren, Kinos oder Discos. Der Augustinerplatz beispielsweise hat sich in den letzten Jahren zu einem beliebten Jugend-Treffpunkt entwickelt – nicht immer zur Freude der AnwohnerInnen, die über eine zunehmende Lärmbelästigung klagen. Wo unterschiedliche Interessen aufeinander prallen, sind Kompromisse gefragt. Jugendliche müssen in diesen Diskussionsprozess aktiv und verantwortlich einbezogen werden.

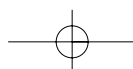
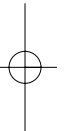
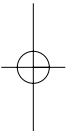
Was wir wollen

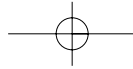
- Wir Grüne kämpfen gegen die soziale, finanzielle und berufliche Benachteiligung von Familien.
- Wir setzen uns dafür ein, dass Freiburger Unternehmen und Behörden der Lebenssituation von Eltern mit zusätzlichen Jobsharing-Angeboten, Möglichkeiten der Teilzeitausbildung und flexiblen Arbeitszeitmodellen entgegenkommen.
- Zur Zeit fehlt es an Plätzen für Krabbelkinder. Auch wenn nur ein Teil der Eltern eine Tagesbetreuung für ihre Jüngsten wünscht, sind die 20% eines Jahrgangs, die das gegenwärtige Angebot abdeckt, zu wenig. Wir wollen diese Quote auf 30% steigern.
- Wir fordern Kinderbetreuungseinrichtungen mit flexiblen Öffnungszeiten, die für maximal sechs Ferienwochen pro Jahr schließen. Insbesondere wollen wir das Angebot für die unter Dreijährigen weiterhin kontinuierlich ausbauen.
- Wir wollen uns verstärkt für den Umbau von Grundschulen in Ganztagschulen einsetzen. Dies würde nicht nur das Problem der Nachmittagsbetreuung lösen, sondern auch die Bildungschancen für Kinder mit Migrationshintergrund und aus sozial benachteiligten Familien fördern. Wir wollen die Übergangsquote zu weiterführenden Schulen kontinuierlich steigern. Bildung ist die Ressource der Zukunft!





- Allen Grundschulern, die keine Ganztagschule besuchen, wollen wir die Möglichkeit einer Nachmittagsbetreuung bis 16.30 Uhr anbieten.
- Wir wollen Bauträger durch günstige Grundstückspreise motivieren, wieder in den sozialen Wohnungsbau zu investieren. Auch von der Freiburger Stadtbau fordern wir, verstärkt preisgünstige Wohnungen für Familien zu bauen. Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass neue, kleinere Wohngebiete, wie zuletzt das Gebiet am Wiehrebahnhof, bevorzugt Baugruppen zur Verfügung gestellt werden, damit Familien sich – wie in den Stadtteilen Vauban und Rieselfeld – zusammen mit anderen ihren Traum von den eigenen vier Wänden erfüllen können.
- Sozial benachteiligte Familien sollen über eine „Familiencard“ Vergünstigungen in städtischen Einrichtungen (Bäder, Theater, Museen) erhalten, um gleichberechtigt am sozialen und kulturellen Leben Freiburgs teilnehmen zu können.
- Kinder von MigrantInnen benötigen besondere Förderung. Projekte und Einrichtungen zur Verbesserung der Sprachkompetenz haben daher unsere volle Unterstützung. Außerdem setzen wir uns für die Finanzierung neuer, pädagogisch innovativer Projekte und zusätzlicher Fortbildungsmöglichkeiten für die MitarbeiterInnen dieser Einrichtungen ein.
- Mütterzentren, Familienberatungsstellen, das Kinderbüro und andere Institutionen und Vereine beraten und helfen Eltern bei der Bewältigung sozialer, finanzieller und erzieherischer Probleme. Dieses Netz muss erhalten werden.
- Wir brauchen mehr verkehrsberuhigte Spielstraßen und naturnahe Spielplätze, damit Kinder lernen können, sich öffentliche Räume zu erschließen, sie zu gestalten und mit Leben zu füllen. Kinder im Schulalter sollten die Möglichkeit haben, Kultur-, Sport- und andere Freizeitangebote selbstständig wahrzunehmen. Die Beibehaltung der günstigen Schülertarife der VAG ist dabei eine wesentliche Voraussetzung.
- Die Bedürfnisse von Jugendlichen sind so vielfältig und individuell wie die Jugendlichen selbst. Deshalb ermutigen wir Jugendliche auch in Zukunft ausdrücklich, uns mit ihren Wünschen und Forderungen zu konfrontieren. Wir unterstützen den gewählten Freiburger Jugendrat als Interessenvertretung und Sprachrohr der Jugendlichen. Auch der Stadtjugendring ist und bleibt ein wichtiger Gesprächspartner für uns.
- Jugendliche brauchen nicht nur Angebote, sondern auch Freiräume. Dazu gehören die öffentlichen Plätze unserer Stadt. Wir setzen uns dafür ein, dass bei Konflikten mit Anwohnern Regeln und Kompromisse gesucht und gefunden werden.
- Junge Frauen sollen lernen, ihre Interessen wahrzunehmen, zu formulieren und durchzusetzen. Deshalb fordern wir, dass die bestehenden Angebote für Mädchen weiter ausgebaut werden.
- Wir setzen uns gezielt auch für diejenigen Jugendliche ein, die aufgrund der desolaten Lage auf dem Lehrstellenmarkt zusätzliche Bildungs- und Ausbildungsangebote sowie eine intensive Beratung und Betreuung benötigen. Mit Sprachförderprogrammen wollen wir außerdem einen Beitrag zur Chancengleichheit ausländischer Jugendlicher leisten.
- Auch Jugendliche, die mit dem Gesetz in Konflikt geraten oder drogenabhängig geworden sind, sind auf eine zweite Chance angewiesen. Deshalb unterstützen wir die Arbeit der Jugendgerichtshilfe und der Drogenberatungsstellen.





8. Altersgerechte Stadt – Aktive SeniorInnen

In den kommenden Jahren wird die Frage, wie sich in einer älter werdenden Gesellschaft Konflikte zwischen den Generationen lösen lassen, eine Schlüsselrolle in der politischen Diskussion spielen. Die Verteilungsprobleme, die sich aus einer steigenden Zahl von RentnerInnen und einer in Relation dazu schrumpfenden Anzahl von BeitragszahlerInnen ergeben, können nur bewältigt werden, wenn alle Altersgruppen in den Diskussionsprozess einbezogen, die bestehenden Solidaritätsbeziehungen unterstützt und neue gefördert werden. Die Solidarität der Generationen ist ein Kapital, das nicht verschleudert werden darf, sondern produktiv gemacht werden sollte.

Es muss deshalb wieder selbstverständlich werden, ältere Bürgerinnen und Bürger in den politischen Meinungsbildungsprozess einzubeziehen und aus dem Fundus ihrer Erfahrungen, ihrer Lebensklugheit, ihrer Bildung und Kreativität zu schöpfen. Gleichzeitig müssen wir dafür sorgen, dass diejenigen alten Menschen, die unsere Hilfe brauchen, weil sie krank oder hilfsbedürftig werden, die bestmögliche Unterstützung erfahren.

Selbstbestimmung statt Fremdbestimmung – ambulante vor stationärer Hilfe

Bürgerinnen und Bürger müssen die Möglichkeit haben, auch im Alter selbstständig in ihrer Wohnung und in ihrem Stadtteil zu leben. Wir fordern die Kommune auf, die hierfür notwendigen infrastrukturellen Rahmenbedingungen zu schaffen bzw. auszubauen. Wir halten die Erweiterung niederschwelliger (Dienstleistungs-)Angebote im vorpflegerischen Bereich für notwendig. Der Bedarf an Essensbringdiensten, ambulanten Pflegediensten oder Haushaltshilfen ist vorhanden.

Sanierung von Pflegeheimen

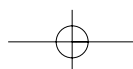
Wir fordern die Sanierung und Modernisierung der sanierungsbedürftigen Freiburger Pflegeheime und dringen weiter auf eine Investitionsförderung durch die Landesregierung.

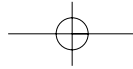
Kommunale SeniorInnenpolitik ist eine Querschnittsaufgabe

Die Lebenswirklichkeit älterer Menschen ist in allen politischen Bereichen zu berücksichtigen. Auf kommunalpolitischer Ebene halten wir die Zusammenarbeit mit den Wohlfahrtsverbänden, dem Seniorenrat und den vielen Selbsthilfeorganisationen für unabdingbar. Besondere Aufmerksamkeit sollte den Belangen älterer Frauen geschenkt werden. Denn das Alter ist weiblich; rund 72% der über 75-Jährigen sind Frauen.

Wir unterstützen das Freiburger Seniorenbüro

Die hervorragende Arbeit des Freiburger Seniorenbüros unterstützen wir uneingeschränkt. Als Planungs-, Koordinations- und Informationsstelle sollte es künftig direkt beim Sozialdezernenten angesiedelt werden und in den kommenden Jahren zukunftsweisende Perspektiven und Verfahren entwickeln, die es älteren Menschen ermöglichen, ihre Wünsche und Bedürfnisse in alle politischen Planungsprozesse einzubringen. Dazu ist unter anderem die Verknüpfung von Stadt- und Sozialplanung nötig.





Wir fordern ein bedarfsgerechtes Angebot an Pflegeplätzen

Alte, pflegebedürftige Menschen werden häufig von Familienangehörigen, vor allem von Frauen betreut. Die Pflege von Angehörigen ist anstrengend und nicht immer einfach. Ein flexibles Angebot an Kurzzeit- und Tagespflegeplätzen für die teilstationäre Pflege könnte die Arbeit der Pflegenden enorm erleichtern. Wir fordern daher, das Angebot an Plätzen für Kurzzeit-, Tages- und Langzeitpflege an den Bedarf anzupassen.

Bessere Angebote für Demenzkranke

Bei der Versorgung von Demenzkranken gehen Betreuungseinrichtungen zunehmend neue Wege: Sie schaffen spezielle Wohneinheiten, bieten Möglichkeiten zur Strukturierung des Tages, Hirnleistungsstraining, Tagespflege und vieles mehr an. Die Freiburger Heiliggeistspitalstiftung beispielsweise erprobt im Modellversuch die Betreuung Demenzkranker in eigens für sie eingerichteten Bereichen. Wir unterstützen den Aufbau dieser neuen Versorgungsstrukturen in Pflegeeinrichtungen. Außerhalb der Seniorenheime sind für Demenzkranke mehr kleine Wohneinheiten und Tageshorte zu schaffen. Es liegt uns am Herzen, dass Demenzkranke in Würde leben können und die pflegenden Angehörigen über Entlastungsmöglichkeiten verfügen.

Unterstützung alternativer Wohnformen

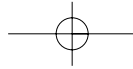
Wir unterstützen selbst organisierte alternative Wohnprojekte für ältere Menschen wie Alten-WGs, Hausgemeinschaften oder das vom Studentenwerk initiierte Programm „Wohnen und Hilfe zwischen Seniorinnen und Studenten“.

Ich-AGs für die Altenpflege

Es ist uns ein wichtiges Anliegen, insbesondere Frauen die Möglichkeit zu geben, sich mit Hilfe von Ich-AGs im Bereich Altenpflege eine eigene Existenz aufzubauen. Für die Anschubfinanzierung sollten Arbeitsamt und Kommune gemeinsam aufkommen.

Wir brauchen eine seniorengerechte Stadtplanung

Dazu gehört die Einrichtung von Haltestellen des ÖPNV bei Senioreneinrichtungen, die behindertengerechte Ausstattung von Bussen und Straßenbahnen, die Ausleuchtung und Sicherung von Wegen und Grünanlagen, der Ausbau medizinischer und gesundheitsfördernder Einrichtungen und vieles mehr.



9. Faire Stadt – Frauen und Männer

Ohne Zweifel – die Frauen haben aufgeholt. In den Führungsetagen der Stadt sitzen heute mehr Frauen als vor fünf Jahren. Frauen streben nach wirtschaftlichem, politischem und gesellschaftlichem Einfluss. Und, das zeigen die Ergebnisse der von StadträtInnen und BürgerInnen initiierten Veranstaltungsreihe „Frauen Macht Zukunft“, Frauen geben sich mit dem Erreichten noch längst nicht zufrieden – zu Recht.

Denn bis heute sorgen tradierte Rollenmuster dafür, dass beispielsweise die Familienarbeit noch immer in erster Linie von Frauen geleistet wird. Um Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen, suchen viele Frauen eine Teilzeitstelle. Doch Teilzeitstellen gibt es in Freiburg einfach zu wenig – für Männer und für Frauen. Obwohl Frauen hervorragende Ausbildungs- und Studienergebnisse erzielen, verschlechtern sich ihre Chancen, in diesen wirtschaftlich schwierigen Zeiten einen bezahlten, ihrer Ausbildung gemäßen Arbeitsplatz zu finden, rasant (vgl. „Stadt der Zukunft“).

Die Unterstützung gesellschaftspolitischer Anliegen von Frauen ist ein zentrales Anliegen der Grünen. In den kommenden fünf Jahren werden wir uns bei unserem Einsatz für mehr Geschlechtergerechtigkeit auf folgende Punkte konzentrieren:

- Umsetzung des Gender Mainstreaming;
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf;
- frauengerechte Stadtentwicklung;
- gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern am Arbeitsleben.

Gender Mainstreaming

Unter Gender Mainstreaming versteht man die (Re-)Organisation, Verbesserung, Entwicklung und Bewertung grundsatzpolitischer Prozesse mit dem Ziel, eine geschlechterpolitische Sichtweise in alle politischen Konzepte einzubringen. 1995 hatten sich auf der vierten Weltfrauenkonferenz in Peking Frauen aller Nationen auf diesen gemeinsamen Weg zur Erlangung ihrer Rechte und zur Umsetzung ihrer Lebensentwürfe geeinigt. Inzwischen ist Gender Mainstreaming die europäische Strategie zur Verbesserung der Geschlechtergerechtigkeit. Wir treten dafür ein, dass künftig auf kommunaler Ebene anhand von Kriterien wie Sachgerechtigkeit, Machbarkeit und Finanzierbarkeit bei allen städtischen Vorhaben geprüft wird, welche Auswirkungen sie auf Männer und Frauen, Mädchen und Jungen in Freiburg haben. Wir wollen durch diese Strategie die Rahmenbedingungen, durch die ungerechte Geschlechterverhältnisse aufrechterhalten werden, verändern und neu gestalten.

Alle Politikfelder sind davon betroffen:

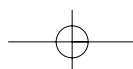
- die Finanzpolitik (Erstellung der Haushalte);
- die Verkehrspolitik (z.B. Taktung im ÖPNV);
- die Jugendhilfepolitik (Ball- statt nur Fußballplätze);
- die Stadtpolitik (wer repräsentiert z.B. die Stadt bei Veranstaltungen oder in Publikationen?);
- die Stadtentwicklung (z.B. Vergabe von Straßennamen).

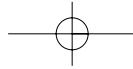
Gender Mainstreaming hat viele Konzepte aus der Frauenbewegung aufgegriffen, ist jedoch kein Ersatz für Frauenpolitik. Frauenorganisationen wie das FMGZ (Frauen und Mädchen Gesundheitszentrum), Tritta (Verein für feministische Mädchenarbeit), Wildwasser (Arbeitsgemeinschaft gegen sexuellen Missbrauch an Mädchen) und Frauenhorizonte (Anlaufstelle für vergewaltigte Frauen) bleiben notwendig und sollen ihre Arbeit weiter professionalisieren können. Hierbei werden wir sie unterstützen.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Wir werden uns dafür einsetzen, dass für Kinder im Alter von 1 bis 12 Jahren genügend kindgerecht ausgestattete Betreuungsplätze zur Verfügung gestellt werden. Eltern sollen endlich – wie es in anderen europäischen Ländern längst selbstverständlich ist – in aller Ruhe einer Erwerbstätigkeit nachgehen können und ihre Kinder gut versorgt wissen.

Wir wollen für berufstätige Frauen und Männer in Freiburg neue Formen der Kinderbetreuung schaf-





fen, z.B. Kinderhotels, in denen die Kinder sich auch in den Abendstunden und am Wochenende aufhalten können, so dass ihre Eltern zusätzliche Arbeitstermine wahrnehmen oder auch einmal ins Kino gehen können.

Alleinerziehende

Viele Alleinerziehende (2% Männer und 98% Frauen) befinden sich vorübergehend oder dauerhaft in einer sozial isolierten und finanziell schwierigen Situation. Rund ein Drittel der Sozialhilfeempfängerinnen sind allein erziehende Frauen. Sie brauchen funktionierende (Frauen-)Netzwerke wie z.B. die Mütterzentren und in ihrem jeweiligen Wohnviertel Räume, in denen sie sich treffen können. Wir unterstützen ihre Anliegen.

Jüngere allein erziehende Frauen benötigen oft Beratung durch die Ämter der Stadt Freiburg und profitieren von speziellen Angeboten. Wir unterstützen Maßnahmen wie z.B. das EU-Programm „Sprungbrett“, das Frauen bei der Wiedereingliederung ins Berufsleben helfen soll (Träger: Diakonieverein Freiburg).

Wir plädieren dafür, bei einem freien Träger eine Koordinationsstelle für Alleinerziehende einzurichten, die gemeinsam mit dem Arbeitskreis „Alleinerziehende“ Konzepte zur nachhaltigen Verbesserung der Situation Alleinerziehender erarbeitet.

Zugang zu Macht, Geld und bezahlter Arbeit

Wir fordern Arbeitsplätze für Frauen, die ihren Ausbildungs- und Studienvoraussetzungen entsprechen. Dazu gehören Stellen im Kongress-, Tourismus- und Medienbereich. Einrichtungen wie die Kontaktstelle Frau und Beruf, die Frauen beim Wiedereinstieg ins Berufsleben und auf dem Weg in die Existenzgründung unterstützt und berät, sollten in der kommunalen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik eine Führungsrolle übernehmen.

Wir wollen für die Betriebe, die sich in ihrer Geschäftspolitik in herausragender Weise für mehr Geschlechtergerechtigkeit einsetzen, einen städtischen Preis ausloben.

Noch immer gehen Mädchen und Jungen bei der Berufswahl „klassische“ Wege: Mädchen entscheiden sich überwiegend für soziale oder pädagogische Berufe, die geringe Aufstiegschancen bieten, Jungen dagegen für besser bezahlte technische Berufe oder ein Informatikstudium. Um Mädchen und Jungen zu zeigen, dass ihnen ein wesentlich breiteres berufliches Spektrum offen steht, wollen wir einen jährlichen Töchter- und Söhnetag* in Betrieben, Stadtverwaltung und Schulen einführen.

Stelle zur Gleichberechtigung der Frau

Wir wollen, dass die Stelle zur Gleichberechtigung der Frau mit den nötigen Kompetenzen ausgestattet wird, um sich aktiv um die Belange der Frauen und den Prozess des Gender Mainstreaming kümmern zu können:

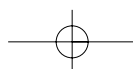
Die Frauenbeauftragten sollen Initiativrecht gegenüber dem Gemeinderat erhalten und eigene Vorschläge und Konzepte in den Rat und die entsprechenden Ausschüsse einbringen können.

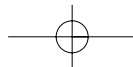
Ihr Büro soll direkt im Rathaus beim Oberbürgermeister angesiedelt werden.

Die Frauenbeauftragten sollen dem Gemeinderat einmal pro Jahr über die Ergebnisse der Frauen- und Genderpolitik berichten, um dieser den ihr gebührenden Stellenwert zu verleihen.

Die Frauenbeauftragten sollen gemeinsam mit einem männlichen Kollegen für die verwaltungsinterne Steuerung des Gender Mainstreaming zuständig sein.

* In den USA haben Frauenorganisationen den so genannten Töchterttag ins Leben gerufen und großen Erfolg damit erzielt. Mädchen haben einmal im Jahr die Möglichkeit, die Arbeitswelt ihrer Eltern kennen zu lernen.





10. Lebenswerte Stadt – Angemessener Wohnraum

Viele Menschen, die in Freiburg wohnen, schwärmen von der Lage, dem Ambiente und der Wohnqualität, die unsere Stadt bietet. Damit das auch so bleibt, sind bei der Stadtentwicklung viele Punkte zu berücksichtigen. So brauchen Stadtteile und Quartiere beispielsweise eine alltagstaugliche Infrastruktur mit kurzen Wegen zu Geschäften, Kinderbetreuungseinrichtungen, Pflegeeinrichtungen, Schulen und Jugendzentren. In den Stadtquartieren sollte es preisgünstigen Wohnraum für Menschen aus allen Bevölkerungsschichten, Altersgruppen und Nationalitäten geben. Wir wollen lebendige Stadtteile, die von den BewohnerInnen aktiv mitgeprägt werden, z.B. durch Selbsthilfeprojekte oder BürgerInnenvereine.

Preisgünstiger Wohnraum für Familien, ältere Menschen und Behinderte

Wir setzen uns dafür ein, dass Familien innerhalb der Stadtgrenzen Wohneigentum zu erschwinglichen Preisen erwerben können. Daher fordern wir, dass die Stadt Grundstücke zu günstigen Konditionen abgibt sowie vermehrt Erbpachtgrundstücke zur Verfügung stellt.

Freiburg hat ein relativ hohes Mietniveau – zu hoch für viele BürgerInnen. Ihnen sollten stadteigene Wohnungen, Wohnungen der Stadtbau GmbH oder anderer Wohnungsbau-träger preisgünstig zur Verfügung gestellt werden.

Bei der Landesregierung werden wir dafür eintreten, dass der soziale Wohnungsbau weiter gefördert wird.

Unter einer gelungenen Wohnungspolitik verstehen wir auch, Behinderten und älteren Menschen bedarfsgerechten Wohnraum anzubieten. Wir fordern deshalb, eine behinderten- und altengerechte Bauweise bei Neubauten und Sanierungen zum Standard zu machen. In den neuen Stadtteilen Rieselfeld und Vauban und im Rahmen von Altbausanierungen und Neubauprojekten der Stadtbau GmbH waren wir mit entsprechenden Initiativen in den vergangenen Jahren bereits erfolgreich.

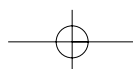
Wohnen bei der Stadtbau GmbH* und in stadteigenen Wohnungen

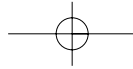
In den letzten Jahren wurden zur Erhöhung der Eigenkapitalquote bei der Stadtbau GmbH zahlreiche Wohnungen zu sehr günstigen Konditionen an Investoren verkauft, die die Wohnungen sanierten und teuer weiterverkauften. Wir sprechen uns gegen eine solche Verkaufspolitik aus. Wohnungen der Stadtbau GmbH sollten zunächst den MieterInnen zum Kauf angeboten werden. Hier bietet vor allem das Mietkauf-Modell gute Möglichkeiten.

Ferner wollen wir preisgünstigen Wohnraum mit einfacherem Standard erhalten, damit sich auch Menschen mit geringem Einkommen, die kein Wohngeld beziehen, in Freiburg eine Wohnung leisten können. Anfang des Jahres verzeichnete die Wohnungsnotfallkartei der Stadt 1000 Einträge – Tendenz steigend. In der Regel sind es Menschen mit geringem Einkommen, sozialen Schwierigkeiten oder Wohnungslose, die sich in die Kartei eintragen lassen, weil sie auf dem freien Markt keine Wohnung finden. Für diesen Personenkreis benötigen wir dringend bezahlbaren Wohnraum. Nur so lässt sich zunehmende Obdachlosigkeit vermeiden.

Selbst organisiertes und genossenschaftliches Wohnen

Wir treten für Projekte des selbst organisierten und genossenschaftlichen Wohnens ein, wie sie auf dem Vauban-Gelände durch die SUSI (Selbstorganisierte Unabhängige Siedlunginitiative)** oder die Genova (Wohngenossenschaft Vauban) verwirklicht wurden. Sie sorgen für preisgünstigen Wohnraum, bringen Farbe ins Stadtbild und erproben neue, kreative Formen des Zusammenlebens. Nicht selten können in solchen Projekten auch innovative Arbeitsformen verwirklicht werden.





Studentisches Wohnen

Als Universitätsstadt benötigt Freiburg erschwinglichen Wohnraum für eine steigende Zahl von StudentInnen. Wir unterstützen alle innovativen Formen studentischen Wohnens (z.B. Alt-Jung-Projekte, selbst organisierte Projekte).

Wagenburgen

Viele jüngere Menschen leben lieber in einer Wagenburg als in einem konventionellen Umfeld. Wir unterstützen die Wagenburgen als alternative Wohnform und begrüßen es, wenn private Eigentümer und die Stadt den Wagenburgen Grundstücke zur Verfügung stellen. Wir wissen, dass Wagenburgen manchen FreiburgerInnen ein Dorn im Auge sind und appellieren deshalb an alle Beteiligten, sich konstruktiv für ein friedliches soziales Miteinander einzusetzen.

Wohnraum für Obdachlose

In Freiburg gibt es einige so genannte Junge Obdachlose, die unter Brücken campieren. Sie suchen oft verzweifelt ein Zuhause und wollen in der Schule oder im Beruf wieder Fuß fassen. Wir unterstützen ihr Anliegen, sich (z.B. mit Hilfe sozialer Bauträger wie Domizil, der Straßenschule oder der Diakonie) sanierungsbedürftige Häuser zum Leben und Arbeiten herzurichten. Dafür sollte ihnen professionelle Unterstützung gewährt werden.

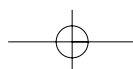
Zur Verbesserung der Situation aller wohnungslosen Menschen in Freiburg sollten umgehend Aufnahmehäuser für Frauen und Männer bereitgestellt werden, in denen qualifizierte Beratung angeboten wird. Für die verschiedenen Zielgruppen der Wohnungslosenhilfe müssen differenzierte Konzepte erarbeitet werden.

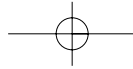
Die Drogenhilfe, die psychiatrischen Hilfen und die Wohnungslosenhilfe müssen stärker miteinander verzahnt werden, um den Bedürfnissen der Klientinnen und Klienten gerecht zu werden.

Wir unterstützen Wohnungsloseninitiativen wie „Obdach für Frauen“ oder die „Freiburger Straßenschule“.

* Die Stadtbau GmbH ist eine stadteigene Gesellschaft, der ca. 10.000 Wohnungen gehören. Die Geschäftspolitik der Stadtbau GmbH wird vom Aufsichtsrat bestimmt. Er besteht aus StadträtInnen aller Fraktionen und Gruppierungen, der oder dem Vorsitzenden des Mietervereins und VertreterInnen von Betriebsrat und Ausländerbeirat, dem Baubürgermeister sowie dem Oberbürgermeister als Aufsichtsratsvorsitzendem.

** SUSI z.B. hat durch die Sanierung von vier Mannschaftsgebäuden auf dem Vauban-Gelände 45 Wohneinheiten geschaffen. SUSI ist als Mietverein organisiert, der Mietkauf ermöglicht. In den Wohnungen leben ca. 225 Menschen. Durch das Projekt wurden ein Dutzend Teilzeitarbeitsplätze geschaffen.





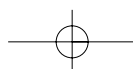
11. Bewegte Stadt - Sport für alle

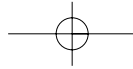
Sport macht Freiburg fit für die Zukunft

Warum verbringen FreiburgerInnen weit mehr Zeit mit sportlichen Aktivitäten als die BewohnerInnen vergleichbarer Städte? Vielleicht, weil sie immer wieder die Erfahrung machen, dass Sport nicht nur der Erholung und der körperlichen und seelischen Gesundheit dient, sondern auch viel Spaß macht. Die breite Palette an Sportvereinen und die abwechslungsreiche, bewegungsfreundliche Umgebung unserer Stadt kommen dem Bedürfnis vieler BürgerInnen nach individueller sportlicher Betätigung entgegen und leisten einen entscheidenden Beitrag zur Lebensqualität. Doch Sport bewirkt noch mehr: Er stärkt Selbstbewusstsein und soziale Kompetenzen und fördert Verantwortungs- und Leistungsbereitschaft. Deshalb messen wir Grüne dem in Freiburg von vielen Vereinen getragenen Sport eine große Bedeutung für die Entwicklung der Stadt zu. Eine Sportpolitik, die die ganze Stadt als einen „Bewegungsraum“ betrachtet und erfolgreich weiter ausgestalten will, muss in vielen Bereichen Profil zeigen: in der Gesundheits- und Jugendpolitik genauso wie in der MigrantInnenpolitik und bei der Verkehrs- und Stadtplanung.

Was wir wollen

- Wir werden weiter verlässliche Partner unserer Sportvereine sein. In kaum einem anderen Bereich engagieren sich so viele BürgerInnen sowohl finanziell als auch in zahlreichen Ehrenämtern. Sie leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Sportförderung in unserer Stadt. Vereine, die sich der Kinder- und Jugendarbeit widmen oder spezielle Programme für Behinderten- und Seniorensport anbieten, verdienen unsere besondere Anerkennung. Ihre Vielzahl gewährleistet, dass die sozialisierende Funktion des Sports für die Gesellschaft erhalten bleibt. Unsere Sportvereine müssen mit festen städtischen Zuschüssen rechnen können.
- Sportförderung heißt für uns nicht nur Vereinsförderung. Wir kümmern uns auch um die Bedürfnisse von SkaterInnen, MountainbikerInnen, JoggerInnen und MarathonläuferInnen auf den Straßen, Plätzen und Waldwegen im Stadtgebiet und setzen uns dafür ein, Konflikte mit anderen Nutzergruppen möglichst schon im Vorfeld zu bereinigen, um für ein spannungsfreies Miteinander zu sorgen. Das lang versprochene Skatergelände muss endlich verwirklicht werden. Auch die Interessen sporttreibender Mädchen und Frauen sind uns wichtig.
- Der Sportentwicklungsplan erwähnt nur einige der vielen denkbaren Kooperationsformen zur Sportförderung. Wir werden die Zusammenarbeit mit den Schulen, den Krankenkassen und den Hochschulen weiter vorantreiben und Denkanstöße für eine engere Zusammenarbeit der Vereine mit diesen Einrichtungen geben.
- Wir wollen kein Weststadion. Wir fordern stattdessen eine Messehalle, die für sportliche Nutzung geeignet und für Sportveranstaltungen ausgelegt sein muss.
- Es gibt für uns keine Konkurrenz zwischen Breiten- und Leistungssport. Freiburg braucht beides. LeistungssportlerInnen besitzen einen hohen Werbewert für Freiburg. Das erkennen wir an. Ihre Unterstützung sehen wir durch die Vereine gewährleistet.
- Wir unterstützen Maßnahmen zur ökologischen Umgestaltung und Weiterentwicklung von Sportanlagen. Schon in den vergangenen Jahren haben wir zusammen mit einer Reihe von Vereinen einen Ökocheck von Sportanlagen durchgeführt.
- Die öffentlichen Bäder wollen wir soweit wie möglich erhalten. Wir werden aber auch die Möglichkeit von Privatisierungen und Teilprivatisierungen im Sinne von public-private-partnership (d.h. privater Betrieb bei öffentlicher Kontrolle z.B. der Preise) überprüfen.





12. Offene Stadt - Akzeptanz und Integration

Deutschland ist ein Einwanderungsland – eine Tatsache, die viel zu lange ignoriert oder geleugnet wurde. Nicht von uns Grünen: Schon lange fordern wir, Migration als gesellschaftliche Realität anzuerkennen und einen Konsens über die Notwendigkeit, die Inhalte und die Reichweite von Integration herzustellen. Integration heißt: Unterschiede respektieren, Chancengleichheit herstellen, sich über gemeinsame Regeln des Zusammenlebens verständigen. Dies ist nicht nur die Aufgabe der Zugewanderten, sondern der gesamten Gesellschaft. Dabei muss jede Stadt ihr eigenes Integrationskonzept entwickeln, das auf den vorhandenen Strukturen aufbaut. Auch in Freiburg müssen wir gleichberechtigte Zugangsmöglichkeiten zu den zentralen Bereichen der Stadtgesellschaft – zu Bildung und Ausbildung, zu Arbeit und Wohnen, zu politischen, kulturellen und Freizeitaktivitäten – schaffen. Die Idee der „Offenen Stadt“ ist eine Bereicherung und eine Herausforderung zugleich!

Internationales Freiburg

In Freiburg leben rund 25.000 Menschen, die keinen deutschen Pass haben. Ein Drittel von ihnen kommt aus Staaten der Europäischen Union, vor allem aus Italien, ein weiteres Drittel aus anderen europäischen Staaten. Auch Menschen aus Asien (15%), Amerika (6%) und Afrika (5%) sind unter den Freiburger „AusländerInnen“ vertreten. Und sie leben nicht nur nebeneinander her – inzwischen ist jede dritte in Freiburg geschlossene Ehe binational. Insgesamt wohnen hier Menschen aus 150 Ländern. Manche erst seit kurzem, andere sind als Kinder oder gar Enkel der so genannten Gastarbeiter in Freiburg aufgewachsen. Viele haben ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht, manche sind von Abschiebung bedroht. Die Zahl der ZuwandererInnen ist in den letzten Jahren stetig gewachsen und wird weiter steigen. Nicht zuletzt, weil sich die Universität für Studierende und WissenschaftlerInnen aus anderen Ländern öffnet. Migrationserfahrung haben allerdings noch weitaus mehr Menschen in Freiburg: AussiedlerInnen, Eingebürgerte und seit dem Jahr 2000 auch die hier geborenen Kinder zugewanderter Eltern. Sie tauchen in den offiziellen Statistiken nicht auf, weil sie die deutsche Staatsangehörigkeit haben.

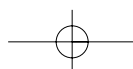
Orte der Integration fördern

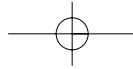
Kindergärten und Schulen sind Orte, an denen sich entscheidet, ob Integration gelingt. Hier werden Freundschaften geknüpft, hier wird die deutsche Sprache erlernt, hier können unterschiedliche Lebensweisen, Religionen und Kulturen zum Unterrichtsinhalt werden. Dass Kinder mehrsprachig aufwachsen, ist dabei nicht unbedingt ein Manko, sondern kann auch eine Bereicherung sein und später berufliche Vorteile bieten. Doch immer noch entscheidet die Herkunft über Bildungschancen: An Freiburger Gymnasien liegt der Anteil von Zuwandererkindern nur bei 4%. Dagegen sind es an den Förderschulen immerhin rund 30%. Bildungspotenziale von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund werden nicht ausgeschöpft – unser Schulsystem ist nicht integrationstauglich. Hier muss gegengesteuert werden. Förderangebote sollten schon frühzeitig, bei der frühkindlichen und vorschulischen Bildung ansetzen. Der Bildungsauftrag des Kindergartens muss gestärkt werden, denn die Grundlagen für Sprachentwicklung und Mehrsprachigkeit werden hier gelegt. Deshalb sollten Kindergarten und Grundschule verstärkt kooperieren (s. Bildungskapitel).

Das Recht auf Bildung muss über die Schulpflicht hinaus einen Anspruch auf berufliche Bildung einschließen. Jugendliche MigrantInnen brauchen Ausbildungsplätze, berufsvorbereitende Maßnahmen und ausbildungsbegleitende Hilfen. Und jugendliche Flüchtlinge brauchen einen gesicherten Aufenthaltsstatus, damit sie eine Ausbildung aufnehmen und abschließen können.

Orte der Integration sind auch die Freiburger Sportvereine. Ihre integrativen Leistungen können nicht hoch genug bewertet werden. „Spielerisch“ im wahrsten Sinne des Wortes finden Kinder und Jugendliche unterschiedlichster Herkunft im Verein zueinander – „multikulti“ ist hier kein Fremdwort, sondern eine Selbstverständlichkeit.

Einige Quartiere in Freiburg bezeichnen sich selbstbewusst als „Internationaler Stadtteil“. BewohnerInnen organisieren Nachbarschaftsdienste und Straßenfeste, kochen gemeinsam, helfen einander bei





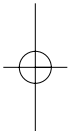
Ämtergängen und Hausaufgaben oder sitzen im Sommer einfach draußen zusammen. Kurz: Es gibt ein multikulturelles Zusammenleben in Freiburg. Sicher verläuft es nicht immer konfliktfrei – aber wir sind auf dem richtigen Weg. Die Quartiersarbeit ist dabei eine wichtige Unterstützung.

Wir wollen

- allen MigrantInnen einen gleichberechtigten Zugang zu Bildung und Ausbildung ermöglichen und interkulturelles Lernen als pädagogisches Prinzip verankern;
- ErzieherInnen und Lehrkräfte in Methoden frühkindlicher Sprachentwicklung, Sprachförderung und Sprachstandsdiagnostik sowie in interkultureller Kompetenz fortbilden;
- Eltern stärker in Kindergarten und Schule einbeziehen, z.B. über das Programm „Mama/Papa lernt deutsch“ oder eine verbesserte Bildungsberatung;
- Sportvereine, die besondere Integrationsaufgaben wahrnehmen, verstärkt unterstützen und fördern;
- kulturelle und mediale Initiativen von MigrantInnen fördern, wie z.B. die Redaktion „In anderen Sprachen“ von Radio Dreieckland. Wir unterstützen auch das „Europäische Manifest der multikulturellen BürgerInnen-, Minderheiten- und Alternativmedien“.

Arbeit als Grundlage für Integration

Erwerbsarbeit ermöglicht nicht nur ökonomische Eigenständigkeit, sondern gilt auch als wichtige Quelle sozialer Anerkennung. Zahlreichen MigrantInnen ist der Zugang zum Arbeitsmarkt aufgrund rechtlicher Restriktionen verwehrt oder zumindest erschwert. Ihre im Heimatland erworbenen Bildungsabschlüsse werden nicht anerkannt, sie unterliegen Wartefristen und dem Vorrangprinzip oder sind von der Ausübung bestimmter Berufe ausgeschlossen. Es sind gezielte Initiativen notwendig, um die Ausbildungs- und Einstellungsbereitschaft der ansässigen Betriebe zu erhöhen – vor allem für jugendliche MigrantInnen.

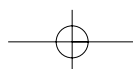


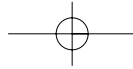
Wir wollen

- durch Öffentlichkeitskampagnen das Bewusstsein dafür stärken, dass zugewanderte Jugendliche Ausbildung benötigen und die Wirtschaft ZuwandererInnen braucht – d.h. interkulturelle Kompetenz und Mehrsprachigkeit;
- zugewanderte UnternehmerInnen ermuntern, Jugendliche auszubilden – die vorübergehende Aufhebung der Ausbildereignungsprüfung eröffnet ihnen dabei neue Möglichkeiten.

Interkulturelle Öffnung der Stadtverwaltung

Integrationsförderung muss zu einer Querschnittsaufgabe der Stadtverwaltung werden. Städtische Einrichtungen und Institutionen müssen MigrantInnen in ihren individuellen und kulturellen Bedürfnissen wahrnehmen und sie als gleichberechtigte BürgerInnen, MitarbeiterInnen, KundInnen und NutzerInnen akzeptieren. Dieser Prozess berührt alle Ebenen der Arbeit. Die Struktur von Angeboten wird sich ebenso verändern wie Leitbilder und Konzeptionen. Nur mit der Entwicklung interkultureller Kompetenz in der Aus- und Weiterbildung, einer veränderten Personalpolitik und einer gezielten Informations- und Öffentlichkeitsarbeit kann man diesen neuen Aufgaben gerecht werden. Auch die Personalentwicklung in der Stadtverwaltung sollte unter interkulturellen Gesichtspunkten gestaltet werden. Sowohl bei Einstellungen als auch bei der Vergabe städtischer Ausbildungsplätze sollten MigrantInnen stärker berücksichtigt werden.





Politische Beteiligung

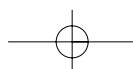
Demokratie braucht Partizipation. Wir halten eine starke Interessenvertretung von MigrantInnen für unerlässlich. Deshalb fordern wir auch weiterhin das Kommunalwahlrecht für alle Menschen mit und ohne deutschen Pass und unterstützen entsprechende Gesetzesinitiativen. Der Ausländerbeirat der Stadt Freiburg ist laut Satzung die „Interessenvertretung von EinwohnerInnen ausländischer Herkunft mit dem Ziel einer direkten, gleichberechtigten Beteiligung“. Er besteht seit 1987 und hat 29 Mitglieder. Davon werden fünfzehn direkt von MigrantInnen gewählt, die anderen vierzehn sind StadträtInnen. Doch die Rückbindung an den Gemeinderat funktioniert nicht sonderlich gut. Dementsprechend hat das Gremium an politischer Bedeutung verloren. Über seine beratende Funktion hinaus muss der Ausländerbeirat mehr Möglichkeiten politischer Partizipation erhalten. Gleichzeitig ist eine stärkere parlamentarische Verankerung migrationspolitischer Themen unter verbindlicher Beteiligung des Gemeinderats notwendig.

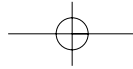
Wir wollen

- eine starke Interessenvertretung von MigrantInnen und ihnen echte politische Teilhabe ermöglichen;
- den „Ausländerbeirat“ in einen Migrationsbeirat umbauen, der ausschließlich mit MigrantInnen besetzt ist;
- die Rückbindung an den Gemeinderat durch einen neu zu bildenden Integrations-Ausschuss verbessern, der aus MigrationsbeirätInnen und StadträtInnen sowie sachkundigen EinwohnerInnen besteht;
- dass das 1997 verabschiedete „Kommunale Handlungsprogramm zur Integration von Migrantinnen und Migranten in Freiburg“ endlich umgesetzt wird.

Lebenssituation der Flüchtlinge

Das Asylrecht ist ein unveräußerliches Menschenrecht. Wir alle können hier vor Ort einen wesentlichen Beitrag zur menschenwürdigen Behandlung und Unterbringung von Menschen leisten, die bei uns Zuflucht vor Verfolgung suchen. In Freiburg leben rund 2.800 Flüchtlinge, fast 1.000 von ihnen sind in städtischen Wohnheimen untergebracht. Nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz des Landes stehen ihnen pro Person 4,5 qm in einer Sammelunterkunft und Sachleistungen statt Bargeld zu. Das Stadtgebiet dürfen sie grundsätzlich nicht verlassen. Sie erhalten nur ein geringes Taschengeld und sind vom Arbeitsmarkt weitgehend ausgeschlossen. Diese Bedingungen sind menschenunwürdig. Das Dilemma kommunaler Flüchtlingspolitik ist jedoch, dass sie im Rahmen bundes- und landesgesetzlicher Vorgaben handeln und deren Folgeprobleme lösen muss. Die Stadt kann jedoch versuchen, ihre – wenn auch begrenzten – Spielräume zu nutzen. Ein Schwerpunkt unserer Gemeinderatsarbeit war deshalb in den letzten Jahren die Verbesserung der Lebenssituation der in Freiburg lebenden Flüchtlinge. Wir haben für alle Flüchtlingskinder Kindergartenplätze und für Jugendliche Alphabetisierungs- und Sprachkurse beantragt. Wir haben uns für eine kürzere Verweildauer in Sammelunterkünften und die Auszahlung von Bargeld statt Sachleistungen eingesetzt. Außerdem gibt es zu wenig Fachkräfte in den städtischen Wohnheimen: Für 170 Flüchtlinge nur eine Sozialbetreuung – das muss geändert werden.





Wir wollen

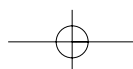
- dass die Sozialbetreuung für die Flüchtlinge in den städtischen Wohnheimen besser ausgestattet wird;
- dass die Verweildauer in Sammelunterkünften auf höchstens zwei Jahre beschränkt wird und Flüchtlinge dezentral in Wohnungen untergebracht werden;
- dass auch weiterhin alle Flüchtlingskinder einen Kindergartenplatz erhalten und Jugendlichen, die auf einen Schulplatz warten, Sprach- und Alphabetisierungskurse zur Verfügung stehen;
- dass alle Flüchtlinge selbständig mit eigenem Budget einkaufen gehen können und nicht unter Aufsicht im Supermarkt Gutscheine einlösen müssen;
- eine eigene Interessenvertretung für die BewohnerInnen der Wohnheime, einen Flüchtlingsrat.

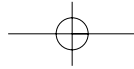
Menschen ohne Papiere – „Illegale“

Eine besonders verletzte Gruppe bilden Menschen ohne gültige Aufenthaltspapiere. In Freiburg sind es nach Schätzungen von Wohlfahrtsverbänden rund 700 Personen, darunter 60 Kinder. Sie bekommen keine staatlichen Hilfeleistungen und können bei Krankheit auch nicht einfach zum Arzt. Als „Illegale“ versuchen sie, auf keinen Fall aufzufallen. Dennoch haben auch sie bestimmte Rechte, etwa das Recht auf Bildung, wie bei einem von uns initiierten Hearing im Gemeinderat deutlich wurde. So macht sich z.B. niemand strafbar, der „illegale“ Kinder unterrichtet. Unterstützung erfahren Menschen ohne Papiere von den Freiburger Initiativen rasthaus, Medinetz und Saga. Sie leisten wichtige humanitäre Arbeit.

Wir wollen

- dass illegalisierten Menschen ihre elementare Grundrechte nicht länger vorenthalten werden;
- dass Kinder ohne Papiere unbehelligt zur Schule und in den Kindergarten gehen können;
- dass die medizinische Versorgung von „Illegalen“ sichergestellt wird;
- dass Personen, Initiativen und Institutionen, die Menschen ohne Papiere helfen, rechtlich abgesichert und miteinander vernetzt werden (z.B. Runder Tisch „Illegale“);
- dass die Freiburger Öffentlichkeit über die Situation von Menschen ohne Papiere verstärkt informiert wird.





13. Kulturstadt – Qualität und Vielfalt

Die ungewöhnlich lebendige Kunst- und Kulturszene in Freiburg ist ein entscheidender Bestandteil des Lebensgefühls in unserer Stadt - und ein wichtiger Standortfaktor. Es ist wichtig, dass dies so bleibt. Für uns dienen Kunst und Kultur nicht nur dazu, Bestehendes zu erhalten und zu repräsentieren. Kultur sollte neben Identifikationsmöglichkeiten auch Reibungsflächen bieten. Unter anderem haben wir auch deshalb vor einigen Jahren den „Grünen Salon“ gegründet: Ein Diskussionsforum, das den Dialog zwischen Politik und Kultur in Gang setzt und in Bereiche geht, die in der Tagespolitik zu wenig berührt werden. Zum Kulturverständnis der Grünen gehören aber auch die Begegnung mit anderen Kulturen und die Konfrontation mit dem Fremden. Die Erfahrung von Differenz bewerten wir als kulturell wertvoll, anregend und fruchtbar. Ausdrücklich unterstützen wir daher eine verstärkte kulturelle Kooperation mit Freiburgs Partnerstädten. Der Kulturdialog mit anderen Ländern ist eine der friedlichsten und fruchtbarsten Antworten auf Krieg und Konfrontation. Wir setzen uns aber auch für den Erhalt der amerikanischen und französischen Kulturinstitute Carl Schurz-Haus und Centre Culturel ein - sowie für die Förderung des kulturellen Austauschs innerhalb des Dreiländerecks.

Die Grünen stehen für eine breite kulturelle Angebotspalette, die möglichst alle Bürgerinnen und Bürger anspricht. Besonders an Angeboten für Kinder und Jugendliche darf nicht gespart werden.

In Anlehnung an die Deklaration der UNESCO zur kulturellen Vielfalt verstehen die Grünen unter Kulturpolitik im weiteren Sinne auch das politische Bekenntnis zur kulturellen Vielfalt. Die Gesellschaft lebt vom Beitrag aller, als Individuum und als Gruppe: vom Bobbele und von MigrantInnen, von Männern und Frauen, Schwulen, Lesben und Heteros, Arbeitslosen und Beamten etc. Nur eine offene, vielfältige Gesellschaft ist zukunftsfähig und kann den sozialen Zusammenhalt, die Vitalität der Zivilgesellschaft und den Frieden sichern.

Das Stadttheater

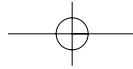
Das Stadttheater ist ein Eckpfeiler des kulturellen Lebens. Wir wollen, dass weiterhin frischer Wind im Stadttheater weht, für Freiburg und über Freiburg hinaus – weiteren Kürzungen im Theaterbereich sind dabei Grenzen gesetzt. Im Vordergrund steht für uns die Erhaltung der Qualität. Gleichzeitig sind wir dafür, engagiert nach neuen Betriebsformen und Strukturen zu suchen, um weiteres Sparpotential auszuloten, die Reibungsverluste zu reduzieren und der Kunst innerhalb des bürokratischen Theaterapparates einen größeren Platz zu verschaffen. Die Grünen treten für eine Änderung der Betriebsform des Theaters ein, die dem Theater und seinen Beschäftigten größere Spielräume und Flexibilität geben.

Wir sprechen uns für das Fortbestehen des Theaterfestivals in Kooperation mit freien Gruppen aus, damit regelmäßig künstlerische Impulse von außen nach Freiburg dringen.

Zur Entwicklung des Stadttheaters und der Freiburger Theaterszene gehört aber auch die Sperrung des Rotteckrings, um auf dem „Platz der alten Synagoge“ einen zentralen, lebendigen Ort zu schaffen: gleichzeitig Stätte des Erinnerns und Raum der Begegnung, der künstlerischen Kreation und Auseinandersetzung. Ein Platz, der kultureller Treffpunkt, Freiluftbühne und Arena sein kann - mit der nötigen Rücksicht auf Universität und ruhebedürftige AnwohnerInnen.

Freie Szene

Ohne eine lebendige, innovative und experimentierfreudige freie Szene wäre Freiburg als Kulturstadt nicht denkbar. Wir möchten, dass sich neben der etablierten Kultur freie Theater-, Musiktheater- und Tanzkompanien weiterentwickeln können. Dazu braucht es eine verbesserte Infrastruktur: eine Erhöhung der finanziellen Unterstützung freier Gruppen und eine Bereitstellung von Proberäumen und Spielorten. Die Grünen setzen sich dafür ein, dass im Gemeinderat ein neues Förderkonzept entwickelt wird, damit erfolgreiche Freiburger Gruppen, wie die Young Opera Company und andere, kontinuierlich unterstützt werden und vielversprechende neue Kompanien Zeit haben, sich zu entwickeln. Dies gilt insbesondere für den Tanz - eine in Freiburg besonders lebendige Szene mit hohem Entwicklungspotential. Dieses neue Förderkonzept sollte einhergehen mit der Neuorientierung des E-Werks. Wir halten es für den geeigneten Ort, damit sich neben dem Stadttheater ein Ort der künstlerischen



Avantgarde entfalten kann. Wir setzen uns daher für eine kompetente, unabhängige künstlerische Leitung des E-Werks ein. Auf Antrag der Grünen ist im Gemeinderat bereits eine Arbeitsgruppe entstanden, die dafür ein Entwicklungskonzept erarbeitet hat. Ziel ist dabei, dass das E-Werk neben der Fabrik der Mittelpunkt der freien Szene Freiburgs wird und ihr Proberäume, Aufführungsorte, die nötige Infrastruktur und Vernetzungsmöglichkeiten zur Verfügung stellt. Auch die internationale Lage Freiburgs im Dreiländereck sollte stärker als bisher ausgenutzt werden. Wir unterstützen daher besonders die Zusammenarbeit mit den angrenzenden Städten in Frankreich und der Schweiz. Das E-Werk als Treffpunkt der freien Szene könnte mit solchen regionalen Kooperationen Ausstrahlungskraft weit über Freiburg hinaus gewinnen.

Museumslandschaft

Die Grünen sind fest davon überzeugt, dass unsere Kultur nur lebensfähig ist durch Auseinandersetzungen mit dem Fremden. Wir sind für möglichst lebendige Begegnungen von Museen und BesucherInnen und unterstützen ausdrücklich neue Konzepte, die interaktiv sind, die Museen in Orte zum Begreifen und Anfassen verwandeln und die BesucherInnen einbeziehen, jenseits von Massentourismus und Folklore. Momentan leiden die Freiburger Museen zu sehr an finanzieller Auszehrung, als dass ihnen Ähnliches möglich wäre. Die meisten Erklärungstafeln in den Freiburger Museen sind noch immer einsprachig – ein jämmerlicher Zustand für eine Fremdenverkehrsstadt mitten in Europa. Die Grünen sind daher für eine Neuordnung der Freiburger Museumslandschaft, bei der die Aufgaben der einzelnen Museen neu definiert und ihre Finanzierung stärker konzentriert wird. Wir wollen nicht, dass in dieser Stadt sechs Museen weder leben noch sterben können. Die finanzielle Ausstattung der Freiburger Museen sollte ihnen ermöglichen, ihren Aufgaben besser gerecht zu werden. Daher sprechen wir uns für Schwerpunkte aus. Wir setzen uns dafür ein, dass das Museum für Ur- und Frühgeschichte im Colombi-Schlössle bleiben kann, wollen es aber in die Neukonzeption der Museumslandschaft einbeziehen. Wir unterstützen den weiteren Ausbau des Augustinermuseums. Der Kunstverein, in Freiburg Dreh- und Angelpunkt für zeitgenössische Kunst, muss stärker mit den Kunstaussstellungen in den Museen verzahnt werden. Von einer solchen Zusammenarbeit können wichtige Impulse für das zeitgenössische Kunstschaffen ausgehen. Insgesamt schwebt uns ein Museumskonzept vor, das die verschiedenen bestehenden Einrichtungen vernetzt und die Bestände in wechselnden Ausstellungen mit wechselnden Themen aktualisiert und fruchtbar macht.

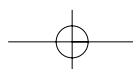
Dabei sollte auch über neuartige Finanzierungsversuche und die Erschließung neuer Einnahmequellen nachgedacht werden - ebenso über neue Ausstellungsräume und Vernetzungspotentiale mit Wirtschaft und Tourismus, wie es der Kunstverein z. B. gerade im Projekt „Werder 5“ getan hat.

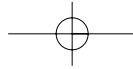
Musik

Es gibt kaum eine Stadt unserer Größe, die von mehr Komponisten, Solisten und Ensembles von Weltrenommee als Heimat gewählt wurde. Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass Freiburg seinen Ruf als Musikmetropole behält. Die Grünen waren maßgeblich daran beteiligt, dass die Ensembles Recherche und Aventure, die zur Avantgarde der zeitgenössischen Musik gehören, von der Stadt finanziell gefördert werden. Ebenso haben wir schon die Unterstützung vieler Chöre und Musikvereine erreicht.

Wir setzen uns auch dafür ein, dass Freiburg ein Ensemblehaus bekommt, damit Musiker in angemessenen Proberäumen arbeiten können.

Wir möchten die Jazz- und Rockschule weiter ausbauen. Ihr fehlen Proberäume. Wir werden uns darum bemühen, dass auf dem Güterbahnhofgelände Räume für Musiker genutzt werden können.





Literatur

Die Grünen haben die finanzielle Unterstützung des „Literaturforums“ durchgesetzt, das seit Jahren Literatur, Jugendliteratur, kreatives Schreiben und das Übersetzen in Freiburg und Umgebung fördert. Wir unterstützen das jährlich stattfindende „Freiburger Literaturgespräch“, das innovative Literatinnen und Literaten einem breitem Publikum präsentiert. Ebenso wie das „Lirum Larum Lesefest“, das bei Kindern den Spaß am Lesen fördert.

Medien

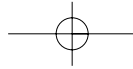
Wir wollen Freiburg als Medienstandort ausbauen und bessere Rahmenbedingungen für Medienschaffende ermöglichen - um so gleichzeitig Synergieeffekte für Freiburg als Wirtschaftsstandort zu schaffen. Wir sehen diese Kommunikationsberufe als wichtigstes Zukunftspotential in der industriearmen Region Südbaden. Daher wollen die Grünen das Güterbahngelände als Medienstandort ausbauen und selbständige Initiativen unterstützen, die im Bereich IT, Multimedia, Filmproduktion und Werbung tätig sind. Gleichzeitig könnten hier das Büro für Location-Scouts, Proberäume sowie Ateliers entstehen.

Jugend- und Subkultur

Kultur soll von und für die Jugend auf die Beine gestellt werden, so wie es beim „zzett“, ehem. „Jugenddenkmal“, geschehen ist. Unsere Aufgabe sehen wir darin, die - meist nichtkommerziellen - Initiativen zu fördern, ohne Jugendliche dabei zu bevormunden. Die Grünen treten ein für ein „Kulturticket“ für SchülerInnen, Studierende und Azubis. Wir brauchen Freiräume, um Jugendliche für kulturelles und politisches Engagement zu begeistern. In diesem Sinne setzen wir uns auch weiterhin für den Erhalt der KTS ein - als einen lebendigen Ort alternativer Politikultur. Gleichzeitig ist es wichtig, Hemmschwellen abzubauen zwischen „etablierter“ und „jugendlicher“ Kultur - Jugendliche sollten zu Theater, Musik und Literatur „verführt“ werden.

Fazit

Freiburg braucht Kultur, und zwar eine bunte Palette: von Punk zu Penthesilea, von Bachchor zur Blasmusik. Auf jeden Fall stehen die Grünen für eine lebendige, transparente und auf lange Sicht angelegte Kulturpolitik für Freiburg. Denn die Bedeutung, die eine Gesellschaft der Kultur beimisst, ist ein Bewertungsmaßstab ihrer selbst.



14. Europäische Stadt – Leben im Dreieckland

Wir FreiburgerInnen sind EuropäerInnen. Wir genießen mit unseren schweizerischen und französischen Nachbarn die Schönheit der oberrheinischen Landschaft, das milde Klima, die reichhaltige Kultur, einen Wohlstand und – auch wenn das vielen von uns kaum bewusst ist – den jahrzehntelangen Frieden zwischen den benachbarten Völkern. Mit dem Elsass verbindet uns eine besondere Beziehung unter dem Dach der Europäischen Union. Die alten Grenzen sind gefallen, nur der Rhein als natürliche Grenze bedarf noch der verkehrspolitischen Überwindung. Wir Grünen wollen, dass unsere Stadt noch vorhandene Grenzen überschreitet und ihre Beziehungen zu den NachbarnInnen auf allen Ebenen und politischen Feldern vertieft.

Freiburg ist eine europäische Stadt

Unsere Stadt ist das deutsche Zentrum des Dreiländerecks – eine wirtschaftlich, aber auch kulturell und ideell eng mit Europa verknüpfte Kommune. Sie profitiert von ihrer Nähe zum Ausland, vom Austausch mit den Nachbarn und nicht zuletzt von der EU, die die Rahmenbedingungen für diesen Austausch setzt. Die entscheidende Frage ist, ob wir diese Position nur passiv wahrnehmen oder aktiv zur europäischen Idee beitragen wollen. Wir Grünen möchten Europa vor Ort mitgestalten, nach dem Motto „Europäisch denken, lokal handeln“.

Noch vorhandene Grenzen überwindet man nicht nur durch ein klares Bekenntnis zur europäischen Idee, sondern durch konkretes Handeln in der Region. Die EU hat die rechtlichen Rahmenbedingungen geschaffen, die den freien Verkehr der Menschen, der Wirtschaftsgüter und der Ideen ermöglichen. Sie hat zahlreiche Förderprogramme für unterschiedliche Bereiche – z.B. Infrastruktur, Tourismus, Bildung, Kultur, Landwirtschaft und Wirtschaft – entwickelt und umgesetzt. Gefördert werden auch soziale Einrichtungen und gesellschaftspolitische Projekte.

An diese Fördergelder zu kommen erfordert jedoch immer noch viel Know-how und einen hohen Verwaltungsaufwand. Und natürlich – das gilt es im Auge zu behalten – sind EU-Mittel nicht dazu da, um Haushaltslöcher zu stopfen.

Was wir wollen

- Wir fordern, dass die vielfältigen europapolitischen Aktivitäten der Stadt im Rathaus koordiniert werden. Bürgerinnen und Bürger brauchen genauso wie Unternehmen, Initiativen und Institutionen einen zentralen Ansprechpartner. Anders als der bewährte EU-Infopoint in der Stadtbücherei soll diese Stelle nicht nur der Information dienen, sondern vor allem beratend tätig sein. Wir sind überzeugt, dass sich eine solche Anlaufstelle selbst finanziert.
- Wir setzen uns für die Verwirklichung eines Eurodistrikts Freiburg-Mulhouse-Colmar ein, der zur Keimzelle einer rheinüberschreitenden Wirtschaftsregion Baden/Elsass/Nordwestschweiz werden soll. Der Eurodistrikt bietet uns die Chance zu einer neuen Form und Qualität grenzüberschreitender Zusammenarbeit. Er soll klare Kompetenzen erhalten und selbstständig rechtliche, planerische und finanzielle Entscheidungen treffen können.
- Wir fordern eine stärkere Vernetzung des Tourismus-Marketings im Dreiländereck. Das Elsass und der Schwarzwald sind beliebte Urlaubsregionen in enger Nachbarschaft, die sich für einen Ausbau des sanften Tourismus geradezu anbieten. Insbesondere der Ausbau der öffentlichen Verkehrsverbindungen könnte die Attraktivität touristischer Ziele diesseits wie jenseits der Grenzen beträchtlich steigern.

